

Bezugspreis:

Wochensatz 36.- M. monatlich 12.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12.- M. einsch. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg 22.- M. für das übrige Ausland 24.- M. Postbeiträge nehmen an Oesterreich, Ungarn, Schweiz, Slowakei, Böhmen, Holland, Preussische Provinzen und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimweg“ und der Beilage „Schönung und Kleingarten“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Worinplan 15193-97
Expedition Worinplan 11753-54

Mittwoch, den 26. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigenteil: Abteilung Worinplan 11753-54

Anzeigenpreis: Die neu eingepaltene Konparationsliste kostet 6.- M. „Kleine Anzeigen“ das leinbedruckte Wort 2.- M. (unabhängig vom Satzdruck), jedes weitere Wort 1.- M. Steilengruppe und Schlußzeile anzeigen das erste Wort 1.- M. jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Preis 250 Pfg. Die Preise verstehen sich einschließlich Zertifikatszuschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Öffnen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Kabinett Wirth / ohne Koalition.

Berlin, 25. Oktober, 8,48 Uhr abends. (W.T.B.) Der Reichspräsident richtete heute nachmittags 5 Uhr an den Reichskanzler folgendes Schreiben:

Herr Reichskanzler!

Seit Wochen ist es mein unausgesetztes Bemühen gewesen, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition die Grundlage zu schaffen, in der Ueberzeugung, in der ich mit Ihnen, Herr Reichskanzler, einig gehe, daß die großen Aufgaben, die Deutschland auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik harren, auf einer breiten Regierungsbasis am besten gelöst werden können. Sie, Herr Reichskanzler, haben mich in diesem Bestreben unterstützt und die Verbreiterung der Regierungskoalition zu wiederholten Malen als das nächstliegende Ziel Ihrer Politik bezeichnet und auch alles getan, um ihr näherzukommen.

Die Entscheidung, welche die Vorkonferenz der Mitglieder in der obersteinsten Frage gefaßt hat, hat zweifellos die Erreichung dieses erstrebten Zieles erheblich erschwert. Ich bin allerdings der Meinung, daß es bei allerseits gutem Willen unter Voranstellung der Interessen des Vaterlandes möglich gewesen wäre, die verbreiterte Koalition allen Bedenken zum Trost zustande zu bringen.

Verschiedene Vorgänge haben sich leider hemmend in die gepflogenen Verhandlungen eingedrängt, so daß das erstrebte Ziel als gescheitert anzusehen ist. Dies ist um so bedauerlicher, als der Rücktritt des bisherigen Kabinetts das Bestehen einer handlungsfähigen Regierung angeht und die Bildung des neuen Kabinetts unaufschiebbar macht. Kostbare Zeit ist auf die Verhandlungen zur Klärung der innerpolitischen Lage verwandt worden, ohne daß sich eine solche ergeben hat.

In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie, Herr Reichskanzler, die dringende Bitte, Ihre mir gegebenen Absagen zurückzuziehen und unter Hintanstellung persönlicher und parteipolitischer Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerster Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dieses Opfer bringen werden. In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse vertraue ich darauf, daß es Ihrer Laune und politischen Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, welche in ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe sowie die dringlichen Probleme der weiteren Zukunft lösen kann. Ich bin in aller Verehrung

Ihr aufrichtig ergebener

Ebert.

Der Reichskanzler erklärte sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

Der Reichskanzler hat, nachdem er den Auftrag des Reichspräsidenten zur Bildung der neuen Regierung angenommen hat, die Besprechungen mit den Mitgliedern des bisherigen Kabinetts aufgenommen. Zu einer Besprechung der Lage hat der Reichskanzler auch den Reichstagsabgeordneten Dr. Heinze (D. Vp.) zu sich gebeten. Es ist damit zu rechnen, daß die Bildung des neuen Kabinetts im Laufe des heutigen Vormittags zustande kommt, so daß es sich dem Reichstag, der heute mittag um 12 Uhr zu einer Plenarsitzung versammelt, wiedervorstellen können.

Der Reichspräsident hat also der Schande dieser Lage ein Ende bereitet. Nachdem er als verfassungsmäßige Instanz des Reiches seine Pflicht getan und alles versucht hatte, eine Regierung mit einer möglichst starken Mehrheit zustande zu bringen hat er aus der allgemein erkannten Ergebnislosigkeit dieser Bemühungen den einzig möglichen Schluß gezogen. Er hat den Reichskanzler Dr. Wirth erneut mit der Bildung einer Regierung betraut, und dieser hat den Auftrag angenommen.

Das neue Kabinett Wirth, das heute um 12 Uhr mittags vor dem Reichstag treten soll, wird kein Koalitionskabinett sein. Die Koalition ist von den Demokraten gesprengt worden. Auch zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gibt es keine Koalition mehr. Das neue Kabinett Wirth soll sich nicht auf ein Parteibündnis stützen, sondern es soll aus Politikern ohne Unterschied der Partei zusammengesetzt sein, die geeignet und guten Willens sind, seine Politik zu unterstützen.

Das Zentrum hat seinen Mitgliedern freigestellt, in das Kabinett Wirth einzutreten oder in ihm zu bleiben. Eine ähnliche Haltung nimmt die sozialdemokratische Fraktion ein. Unbestimmt ist, wie gewöhnlich, das Verhalten der Demokraten, sie überlegen in diesem Augenblick — spät abends —, ob sie ihre Fraktionkollegen Schiffer und Gessler in

der Regierung belassen oder ihren Rücktritt verlangen sollen. Rathenau ist nicht Mitglied der demokratischen Reichstagsfraktion, aber seit kurzem Mitglied der Demokratischen Partei, man nimmt an, daß ihn diese Mitgliedschaft nicht hindern wird, seine Dienste dem Reich weiter zur Verfügung zu stellen.

Die bisherigen Minister aus dem Zentrum und der Sozialdemokratie werden auf ihren Posten bleiben, wenn nicht etwa aus nichtpolitischen Gründen ein Anlaß zu einer Veränderung vorliegt. Das ist z. B. bei Genossen Dr. Gradnauer der Fall, der den Posten eines sächsischen Gesandten in Berlin übernommen hat. Im Reichsministerium des Innern wird also Ersatz geschaffen werden müssen.

Natürlich ist es möglich, daß heute mittag noch dieser oder jener Ministerposten unbesetzt sein wird. Aber das tut nichts zur Sache: der Charakter der Regierung wird feststehen. Es gibt ein neues Kabinett Wirth mit der alten Politik, aber — da die Demokraten die Koalition gesprengt haben — ohne Koalition.

Der Unterschied zwischen einem Kabinett mit Koalition und einem solchen ohne Koalition wird vielleicht nicht jedem klar sein.

Bisher ist die Bildung von Regierungen im Reich so erfolgt, daß der Reichspräsident die Parteiführer hörte. Die Parteiführer verhandelten teils in Gegenwart des Reichspräsidenten, teils ohne sie, schlossen Bündnisse, Koalitionen ab und vereinbarten gemeinsame Regierungsprogramme. War das Programm im großen ganzen fertig, dann beredete man miteinander, wer Reichskanzler werden sollte, wie die Ministerposten zu verteilen wären usw. Die Parteiführer konnten aber dabei natürlich nicht selbstherrlich vorgehen, sie mußten sich bei jeder neu entstandenen Frage neue Vollmacht erteilen lassen. Es gab Verhandlungen, Fraktionsberatungen bei Tag und bei Nacht, Konferenzen mit dem Reichspräsidenten, den verschiedenen Kanzler- und Ministerkandidaten, die alle von ihren Fraktionen bestätigt werden mußten, und endlich, endlich wurde die Regierung fertig.

Das ging seit Eröffnung der Nationalversammlung so ein-, zwei-, drei-, vier-, fünfmal, meist nur mit Mühe und Not. Diesmal ging es nicht mehr. Das System erlitt kläglichen Schiffbruch. Wir haben dank den erleuchteten Parteiführern gewisser bürgerlicher Parteien Unlagbares erlebt, was wir nie wieder erleben möchten. Sturz der Regierung hinterwärts, sie soll gar keine Gelegenheit mehr haben, ihre Handlungen vor dem Reichstag zu verantworten. Die Abgeordneten sitzen in allen Winkeln und warten auf die neue Regierung, die nicht werden will. ... Erst breite Koalition, wird nicht! Alte Koalition, geht auch nicht! Das vorletzte war ein Vorschlag der Demokraten an das Zentrum, eine gemeinsame Koalition ohne die Sozialdemokraten zu bilden. Das Zentrum lehnte höflich ab. Und dann kam der Reichspräsident, der drei Tage lang zugehört, drei Tage lang sich bemüht hatte, in dieser Wirrwar Ordnung zu bringen, und ernannte Wirth wieder zum Reichskanzler.

Wirth muß sich nun heute nacht seine Regierung suchen und heute mittag im Reichstag um seine Mehrheit kämpfen. Das ist etwas Neues in Deutschland. Bisher fand der Reichskanzler, dank der Vorzüge der Parteiführer, sozusagen gleich ein gemachtes Bett. Erst war die Mehrheit da, dann kam der Reichskanzler, kamen die Minister. Diesmal ist es umgekehrt: erst ist das Kabinett da, und dann soll sich zeigen, ob es auch eine Mehrheit hat.

Wenn nun das neue Kabinett Wirth ein Kabinett mit der alten Politik ist, wird ihm auch heute im Reichstag die Mehrheit nicht fehlen. Der Reichskanzler wird von rechts heftig angegriffen werden, er wird sich wehren. Am Schluß der Aussprache werden die Abgeordneten vor der Gewissensfrage stehen, ob sie durch ihre Abstimmung das Kabinett erhalten oder ob sie es stürzen wollen. Es wird ihnen dabei klar werden müssen, ob sie die Verantwortung vor dem Volke dafür tragen wollen, eine Regierung zu stürzen, ohne zu wissen, was an ihre Stelle gesetzt werden soll. Darum, weil jetzt klare Bahn geschaffen ist, weil die Regierung ihre Verantwortung zu tragen hat und der Reichstag die seine, sind wir überzeugt, daß das Kabinett Wirth heute im Reichstag eine starke Mehrheit oder doch eine schwache Gegnerenschaft finden wird.

Der alten neuen Regierung stehen große Schwierigkeiten bevor. Sie hat in der obersteinsten Frage harte, schmerzliche Aufgaben zu lösen. Sie steht in der Steuerfrage vor kaum zu bewältigenden Problemen. Während die Mark fällt und alle Spekulanten sich an ihrem Fall bereichern, steigen alle Räder der breiten, schaffenden Massen.

Darum gibt es viele Leute, die ihr ein kurzes Leben vorausagen. Aber vielleicht bestätigt sich an ihr das Sprichwort, daß voreilig Totgesagte besonders lange leben. Die Sozial-

demokratische Partei freut sich nach den unbeschreiblichen Erlebnissen der letzten Tage doppelt, daß es auch einen mutigen bürgerlichen Politiker gibt, und sie wird mit Dr. Wirth zusammen gern die schwere Last der Verantwortung weitertragen in der Ueberzeugung, daß die breiten Massen des Volks zu dieser ihrer Regierung jetzt noch fester stehen werden als zuvor.

In später Abendstunde verlautet, daß Dr. Wirth neben dem Reichskanzlerposten auch das Auswärtige Amt übernehmen wird. Als künftiger Reichsjustizminister wird Dr. Peter Spahn genannt. Es handelt sich aber vorläufig nur um Vermutungen.

Heute 12 Uhr Reichstag.

Berlin, 25. Oktober. (W.T.B.) Der Vorkonferenz des Reichstags hat die Plenarsitzung nunmehr endgültig auf Mittwoch, 12 Uhr mittags, festgesetzt. Das Plenum selbst wird demnach entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden oder der Reichstag sich bis zum 3. November vertagen soll.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt um 10 Uhr vormittags zusammen.

Landesverrat aus Parteipolitik.

Von den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Sitzung beim Reichspräsidenten vom 24. Oktober erhalten wir folgende Erklärung:

Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben der Presse einen Bericht über die vertrauliche Sitzung beim Reichspräsidenten zugehen lassen, der einen Vorgang, der sich dort abgespielt hat, im großen ganzen richtig wiedergibt. (Siehe unser Abendblatt von gestern, Red. d. „V.“) Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben dort ein Verfahren in der obersteinsten Frage vorgebracht, von dem sie selber als möglich voraussahen, daß es zu neuen Zwangsmahnahmen der Entente gegen Deutschland führen würde. Sie haben zugleich versucht, sich für ein solches Verfahren Deckung durch die übrigen in der Sitzung vertretenen Parteien zu sichern. Diese Deckung konnte ihnen nicht verschrieben werden, da unsere Partei gewissenhafterweise nicht die Verantwortung für ein Verfahren übernehmen kann, das zwar den Gegner zu Zwangsmahnahmen gegen das deutsche Volk provoziert, diesem aber eine Möglichkeit erfolgreicher Abwehr nicht bietet.

So wenig unsere Aeußerungen die Öffentlichkeit zu scheuen haben, waren sie doch nicht für diese bestimmt. Interfraktionelle Besprechungen sind vertraulicher Natur. Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses sind sogar durch die Verfassung in ihrer Vertraulichkeit geschützt. Was für sie gilt, muß sinngemäß auch für Beratungen der Parteivertreter gelten, die sich mit äußeren Schicksalsfragen des deutschen Volkes beschäftigen.

Wir erblicken daher in der Veröffentlichung der Vorgänge in der interfraktionellen Beratung der Deutschen Volkspartei einen von rein parteipolitischen Erwägungen diktierten, die Interessen des Reiches schädigenden Vertrauensbruch.

Hermann Müller, Scheidemann, Wels.

Hierzu möchten wir bestätigend hinzufügen: Uns waren Montag nachts von den Vertretern unserer Partei in der Sitzung beim Reichspräsidenten einige Mitteilungen über den Verlauf der Sitzung gemacht worden mit der Bemerkung, daß es sich um Vorgänge streng vertraulicher Natur handle, über die nichts veröffentlicht werden dürfe. Redaktion des „Vorwärts“.

Gesslers republikanische Reichswehr.

Wie die P.M. hören, hat der Reichswehrminister dem Wehrkreiskommando VII in München die Ermächtigung erteilt, bei der Beerdigung des früheren Königs Ludwig von Bayern in München eine Ehrenkompanie zu stellen. Auch ist die freiwillige Teilnahme von Reichswehrangehörigen an der Beisetzung gestattet worden. Außerdem dürfte den Zivilbehörden noch das Recht eingeräumt werden, Reichswehr zu Absperrungszwecken heranzuziehen, was einer Spalierbildung durch die Reichswehr gleichkommen dürfte. Mit anderen Worten: die Beisetzung des Königs wird für die Reichswehr der Republik eine Gelegenheit sein, die ganze Garnison München aufzubieten.

Das Defizit der „Ordnungsliste“. Zu der im bayerischen Landtag erfolgenden Vorlegung der Staatshaushalte für 1921/22 berichtet die „Münchener Zeitung“, daß der bayerische Staatshaushalt für das Jahr 1921 mit einem Defizit von etwa 253 Millionen Mark abschließt. — In Bayern regieren keine Sozialdemokraten!

Unverschämtheit.

„Unverantwortliche Politik“ nennt die „Dsch. Tagesztg.“ den Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Deutschösterreichs und der Tschechoslowakei gegen die monarchistische Gegenrevolution. Diese Bekundung republikanischer Enschlossenheit und Solidarität ist den Deutschmonarchisten offenbar sehr unangenehm, denn sie wissen, daß nunmehr die Arbeiterklassen aller mitteleuropäischen Republiken sich in der gleichen Weise gegen jeden Restaurationsversuch erheben würden. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, wir hätten anscheinend kein Gefühl dafür, daß wir uns seit langem vollständig im Schlepptau der tschechischen Sozialdemokratie (1) befinden. Wir können der „D. T.“ verraten, daß wir in der Tat gar kein derartiges Gefühl haben. Gegen diesen Blödsinn zu polemisieren lohnt sich für uns nicht, ebensowenig dagegen, daß es sich bei dieser Abwehrhaltung vornehmlich um nationaltschechische Ziele handelt, für die wir uns mit aller Macht einsetzen, während wir niemals mit dem gleichen Nachdruck für das Schicksal der Deutschen in der Tschechoslowakei eingetreten seien. Die beste Antwort auf diese böswillige Unterstellung ist die Tatsache, daß der gemeinsame Aufruf auch von der deutschen Sozialdemokratischen Partei in der Tschechoslowakei mitunterzeichnet ist, die die Interessen der deutschböhmischen und deutschmährischen Minderheiten im Kampfe gegen die tschechischen Nationalisten auf das nachdrücklichste wahr, viel energischer sogar als die bürgerlichen deutschen Parteien, die sich mitunter sehr gut mit den tschechischen Behörden vertragen, wenn es gilt, die deutschsprachige Arbeiterklasse wirtschaftlich zu unterdrücken. Bezeichnenderweise haben sich aber auch diese Deutschbürgerlichen (die etwa unseren Deutschnationalen entsprechen) durch den Mund ihres Führers Dr. Lodgeman in der Prager Parlamentsdebatte am Montag unzweideutig gegen alle habsburgischen Restaurationsversuche gewandt. Verfolgen auch sie etwa „vorwiegend nationaltschechische Ziele“?

Den Gipfel der Unverschämtheit erklimmt aber die „D. T.“, indem sie nach diesen dummdreisten Unterstellungen mit den Worten schließt:

Ebensowenig denkt sie (die deutsche Sozialdemokratie) daran, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um die uns in Oberschlesien drohende Katastrophe abzuwenden. Sie hat andere Sorgen!

Welche Mittel stehen nach Ansicht der Deutschmonarchisten uns und irgendeiner anderen Partei in Deutschland zur Verfügung, um die neue Ungerechtigkeit der Entente zu verhindern? Heraus mit der Sprache! Bisher haben wir aus den Reihen der Abnehmer lauter Redensarten, aber keinen einzigen positiven Vorschlag gehört, mit Ausnahme vielleicht des Ausdrückungs- und Massenauswanderungsplanes des „Berliner Tageblatts“, der aber bestenfalls unsere führenden Filmregisseure interessieren könnte.

„Sie haben andere Sorgen!“ Das schreibt das Organ einer Partei, die in jedem nationalen Unglück, das Deutschland seit zwei Jahren trifft, vor allem eine parteipolitisch auszunühende Gelegenheit erblickt. Auf diese unerhörte und provozierende Beleidigung der deutschen Arbeiterklasse gibt es nur eine Antwort: Die einzige Sorge der Rechtsparteien seit der Trauerbotschaft über Oberschlesien war die Befreiung des wegen seiner unzweideutigen republikanischen Bestimmung unangenehm Reichskanzlers Birtz und seines linksgerichteten Kabinetts.

Freispruch eines kommunistischen Parteisekretärs. Der kommunistische Parteisekretär Paul Schreck wurde von dem Schwurgericht in Mannheim von der Anklage der Aufreizung zu Gewalttätigkeiten freigesprochen. Der Anklage lag ein Flugblatt zugrunde, das die Kommunisten anlässlich des mitteldeutschen Aufstandes verbreitet hatten.

Prätendenten-Putsch.

In dem Wirtswort, der durch die Weisheit der Entente-Staatsmänner für Europa in Permanenz erklärt ist, vermag ein kleiner Putsch, wie ihn Karl, der frühere Kaiser von Oesterreich, jetzt ausgeführt hat, die Phantasie nur noch vorübergehend anzuregen. Dabei hat Karl „der Blödsichtige“, wie man ihn bereits während seiner Regierungszeit genannt hat, schon durch das moderne Gewand, das er seinem Flug in die angestammten Bande gegeben hat, etwas vor allen seinen Vorgängern voraus. Und dennoch erscheinen die früheren Putschunternehmungen romantischer, oder auch als historische Ereignisse bedeutender.

Da man auch den Anhängern Karls die Bezeichnung Karlisten gibt, so denkt man zunächst an die Unternehmungen der spanischen Thronprätendenten, von denen drei nacheinander Don Carlos hießen. Der erste dieser spanischen Karls war der zweite Sohn Karls IV. von Spanien und leitete seine Ansprüche auf den Thron aus dem Salischen Gesetz her, das die weibliche Erbfolge ausschloß. Während der Regierungszeit seines Bruders Ferdinand aus dem Lande verwiesen, wurde er nach dessen Tod von einem Teil des Volkes als Herrscher anerkannt. 1804 brach der Karlistenkrieg aus, der erst 1809 endete. Karl V., wie er sich nannte, mußte Zuflucht auf französischem Boden suchen, und sein Sohn, „Karl VI.“, war es, der, obwohl sein Vater schließlich auf seine Ansprüche verzichtet hatte, im Jahre 1809 eine Landung an der Ostküste Spaniens ausführte. Aber der Putsch war ein Stoß ins Leere; Karl ließ sich zwar zum König ausrufen, fand aber nirgends Anhang und konnte sein Leben nur durch einen förmlichen Verzicht retten. Der dritte seines Namens, der seine Ansprüche wieder aufnahm, war sein Neffe. Er erschien am 2. Mai 1872 plötzlich in Spanien, wurde von karlistischen Banden in den baskischen Provinzen mit Jubel aufgenommen und zog an ihrer Spitze in Bess ein. Aber schon in den nächsten Tagen wurden seine Truppen geschlagen, er selbst floh nach Frankreich. Die spanische Revolution gestaltete ihm, schon im nächsten Jahr zurückzukehren. Er konnte sich an die Spitze einer weit stärkeren Macht stellen, nahm Estella und machte es zu seinem Hauptquartier. Erst 1876 konnte dieser Aufstand völlig niedergeworfen und Karl zur Flucht genötigt werden. Seitdem haben die Karlisten die Ruhe Spaniens nicht mehr in ähnlichem Umfang gefährdet, wenngleich sie nicht völlig verschwunden sind.

Am meisten Ähnlichkeit mit dem Unternehmen Karls von Habsburg hat aber ein Putschversuch, an den man nur deshalb nicht sofort denkt, weil die Ausmaße der Verunsicherungen allzu verschieden sind. Es handelt sich um Napoleons I. Wiedertreue aus Oßa. Auch er hatte ja durch einen verlorenen Krieg seine Kaiserwürde eingebüßt, auch er kehrte aus der Verbannung plötzlich zurück. Die äußeren Umstände freilich sind ganz anders gewesen. Sowohl dem Kaiser als auch dem Anhang an, der sich dem wiedergekehrten

Ludendorffs Schwedenpaß.

Durch die Ill. läßt Herr Ludendorff eine längere Erklärung über seine feinerzeitige Flucht nach Schweden verbreiten, die sich u. a. gegen den „Vorwärts“ richtet. Wir hatten mit aller Bestimmtheit erklärt, daß „an der Erzählung Ludendorffs, daß er durch Vermittlung des damaligen Volksbeauftragten Ebert seinen Paß vom Auswärtigen Amt bekommen hätte, kein Wort wahr“ sei. Herr Ludendorff bezeichnet diese Erklärung als „wohl nicht unabsichtlich sehr vorsichtig formuliert“ (1), weil sie nicht bestreite, daß Ebert über den Vorgang unterrichtet gewesen sei. Er veröffentlicht sodann einen Brief, den der frühere Hauptmann Breuder (nicht Boemter) unter dem 23. Oktober 1921 an ihn gerichtet hat, der damals die Verhandlungen mit dem Kriegeminister General Scheuch und dem Auswärtigen Amt zwecks Beschaffung eines Auslandspasses geführt hatte. Herr Breuder bestätigt Ludendorff, daß seine Darstellung in allen Punkten zutrifft. Scheuch habe Breuder erklärt, er würde mit Ebert über die Erteilung eines Passes sprechen. Nach am selben Abend habe Scheuch ihm einen noch unangefüllten Paß übergeben, der durch das Auswärtige Amt ausgefüllt werden sollte. Die Erteilung eines Auslandspasses und die damit verbundene Notwendigkeit der Eintragung eines anderen Namens sei weder von Ludendorff, noch von Breuder erwogen worden, sondern regierungsfest mit den Schwierigkeiten motiviert worden, die sowohl an der Grenze durch die A- und S-Kräfte wie auch im Auslande durch die Entente hätten entstehen können. Der Brief Breuders an Ludendorff schließt mit den Worten:

„Beil mich der mir unerwarteterweise von amtlicher Stelle übergebene ausländische Paß ruhig machte, fragte ich vor meinem Weggang den Minister (Scheuch) ausdrücklich: „Liegt auch des Einverständnisses der Volksbeauftragten vor?“ General Scheuch bejahte und erklärte: „Ich habe das alles so mit Ebert besprochen.“

Zusammengefaßt: Die Erklärung des „Vorwärts“ ist un- wahr. Em. Urgelenz haben den Paß durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes und im Einverständnis mit dem Volksbeauftragten Ebert erhalten. Sollte der „Vorwärts“ noch Zweifel haben, so äußert sich vielleicht einmal Herr Ebert dazu.“

Demgegenüber erklären wir aber, daß wir unsere Darstellung der Angelegenheit aufrechterhalten. Im übrigen hat der Reichspräsident Ebert in der gegenwärtigen Situation anderes zu tun, als sich mit Herrn Ludendorff herumzuschlagen.

Um die Hohenzollern-Milliarde.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages setzte am Dienstag seine Beratungen fort. Die Sozialdemokraten beantragten zunächst, das Staatsministerium zu ersuchen, dem Landtag baldmöglichst vorzulegen:

1. Einen Bericht über die Ergebnisse der Nachprüfung des Vergleichs mit der Krone, 2. eine Darstellung der Zusammensetzung und Entstehung des Vermögens der Hohenzollern.

Der deutschnationale Einwand, daß dieser Antrag unzulässig sei, weil das bald vorzulegende Gesetz über die Auseinanderrechnung in der Begründung das gewünschte Material enthalte, wurde von unseren Genossen mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß man gar nicht wisse, welches Material die Begründung enthalte. — Zu den verschiedenen Urteilen, welche das Ueberalterungsgebot für verfassungswidrig erklären, sagte der Minister, daß die Regierung noch nie vor die rechtlichen Grundlagen für unantastbar hatte, ebenso wie es das Reichsjustizministerium und ein Gutachten des Heidelberger Staatsrechtlers Thoma tue. Welche Maßnahmen die Regierung treffen werde, wenn das Reichsgericht das Gesetz für ungesetzlich erkläre, könne die Regierung heute noch nicht sagen. Der Bericht über die Untersuchungen betreffend die Entstehung des Hohenzollern-Vermögens werde eine ausführliche historische Darstellung sein und demnach mit dem Gesetz vorgelegt werden.

Das Zentrum brachte wie üblich seine Paritätschmerzen vor, die der Minister u. a. mit der Bemerkung zurückwies, daß er kürzlich noch 4 höhere Beamte ernannt habe, von denen 2

evangelisch und 2 katholisch seien. Genosse Böhmann führte Beschwerde über die noch immer bestehende

Unparteilich gegenüber den Sozialdemokraten,

die beseitigt werden müsse, um die alte Einseitigkeit des Beamtenkörpers zu ändern. Er verlangte weiter, daß alle Beamten ihre Kraft volle 48 Stunden in der Woche dem Staat zur Verfügung stellen müssen, daß ferner noch weit mehr als bisher die Verwaltung vereinfacht werde.

Die Schilderung des Finanzministers über die Finanzlage Preußens bezeichnete Ludemann als viel zu rosig und warnte vor solchen Hoffnungen. Zur Debatte über die Kronabfindung fragte Ludemann, was gechehen sei, um die Hohenzollern zu Steuerleistungen heranzuziehen.

Die Deutschnationalen verlangen 479 Regierungsräte statt 274; es stellt sich heraus, daß die Regierung die Absicht hatte, dem zu entsprechen. Diese Tatsache spricht für das enge Verhältnis von Ministerialbeamten zu den Deutschnationalen.

Vorlesung der Debatte am Mittwoch.

Schlechtere Valuta — bessere Beschäftigung.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird uns geschrieben: Auch der Monat September hat einen Rückgang in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen gebracht, und zwar ist die Zahl der männlichen Vollerwerbslosen von 177 000 auf 145 000, die der weiblichen von 56 000 auf 43 000, die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von 233 000 auf 189 000 gefallen. Die Zahl der Zuschlagsempfänger, d. h. der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Vollerwerbsloser ist von 255 000 auf 211 000 zurückgegangen. Wie bisher erfährt die Statistik nicht diejenigen Erwerbslosen, die aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen Unterstützung nicht beziehen, auch nicht die Kurzarbeiter, d. h. diejenigen, die nur für einen Teil der üblichen Arbeitszeit Beschäftigung und daher auch nur einen Teil des üblichen Arbeitslohns erhalten. Immerhin ist der Rückgang der Erwerbslosigkeit beträchtlich. Das Wetter begünstigte nach wie vor die Tätigkeit in der Landwirtschaft und im Baugewerbe sowie die Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslofenherge. Noch stärker allerdings wurde die Lage des Arbeitsmarktes durch den unerwarteten Niedergang der Marktwährung beeinflusst, der wieder die bekannten Folgeerscheinungen: Anstiege der einheimischen Bevölkerung und starke Belebung des Auslandsgeschäftes zeitigte. Diese Entwicklung muß als durchaus ungesund bezeichnet werden. Erfahrungsgemäß erlaubt die Kaufkraft im Innern bei sinkender Valuta sehr bald, während im Auslande die Gefahr einer Ueberfüllung des Marktes mit deutschen Waren in die Nähe rückt. Erhebliche Gefahren drohen der künftigen Beschäftigung unserer Industrie. Auch im Hinblick auf die Verteuerung der ausländischen Rohstoffe infolge des Rückganges der Reichswährung. Es ist daher leider zu befürchten, daß die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes schon in Bälde wieder eine ausgesprochen ungünstige werden wird, zumal die Zerreißung Oberschlesiens und der damit verbundene Verlust wichtiger Hilfsquellen geeignet ist, die deutsche Wirtschaft aufs Schwerste zu beeinträchtigen.

Unrühmliches Ende eines Schwarz-Weiß-Roten.

Aus Hamburg meldet uns ein eigener Bericht: Dem Hamburger Bürgerbund ist es übel ergangen. Er hatte einen Geschäftsführer namens Hermann Abel, der neben einigen Dekorationsgenossen und Pastoren der Hauptwortführer dieser Organisation war. Abel ist bereits mehrfach in der Parteipresse wegen seines zweifelhaften Rufes angegriffen, so daß man eigentlich gemeint hätte, die Hamburger Bürger hätten sich von selbst dieses verdächtigen Menschen entledigt. Aber der Bürgerbundsleiter gab ein nationalsozialistisches Heftblatt heraus, arrangierte den berühmten Schwarzweißroten Demonstrationsummel auf der Alster, um schließlich, wie eben bekannt wird, mit der Bürgerbundsliste im Betrage von 55 000 Mark spurlos zu verduften. Die Hamburger Bürgerbündler haben Strafanzeige erstattet.

Der wahre Schuldige.

Unter dem gestirnten Himmelslage Bogt empört des deutschen Spießers Herz, Auf den Stammschild donnert seine Probe, Und sein Rehlkopf hebt vor Zorn und Schmerz.

Was im Leibblatt eben er gelesen, Ueberlebert er mit seinem Senf, Unerhört! Noch niemals dagewesen! Ein Verbrechen, dieser Spruch von Genf!

Ein Verbrechen dieses Urteils? — Freilich! — Doch nie dagewesen? — Outer Freund, Ueberlege doch, sei nicht so eilig, Halte deine Junge eingezäumt!

Bist du wirklich so ein Stiebschläfer, Doch du ganz vergaßest, wie du eh' Blütest hinter deinem Dietrich Schäfer Nach den Ergebenen von Brien? —

Kurland, Polen wolltest du und Flandern, Unerfährlich schien der deutsche Schlund, Teufel auch, was scherten dich die andern? „Wer nicht leben kann, der geh' zugrund!“

Nach dem Satze, den du einst verkündigt, Nicht man heut uns unser Schicksal zu, Wir, wir büßen jezt, was du gesündigt — Darum rat' ich, halt dein Maul in Ruh.

Peter Michel

Die Volkszählung in Rußland. Der Statistiker Schary schreibt in der Zeitschrift des Petersburger Volkswirtschaftslerats „Rown Bud“ über die Ergebnisse der letzten Volkszählung in Sowjetrußland: Nur in 13 Städten ist die Bevölkerung um 50 bis 100 Proz. gestiegen. Die Zahl der Städte, in denen die Bevölkerung sich vermindert hat, ist viel größer. Von 180 Städten haben 50 mehr als die Hälfte ihrer Bevölkerung verloren. Diese Städte liegen meistens an der ukrainischen Grenze. Die Bevölkerungszahl in Moskau war nicht größer als im Jahre 1897. In Petersburg ist die Bevölkerungszahl im Verhältnis zum Jahre 1897 sogar um 43,8 Proz. gesunken. Ueberhaupt hat sich die Bevölkerung der Städte im Verhältnis zum Jahre 1897 um 6 Proz. vermindert.

Prof. Erich Marsch, der politische Historiker in München, hat einen Ruf als Ordinarius für neuere Geschichte an die Universität Berlin erhalten.

Vorträge. Am 2. Naturkunde-Abend Donnerstag 1/3 Uhr im Lehrerversammlungssaal Dr. Reuber über Alkohol. Bitte willkommen.

Die Forschungsreise von Otto Nordenskiöld ist jetzt aus Südamerika nach Schweden zurückgekehrt. Sie hat wichtige geologische und ethnologische Untersuchungen in zum Teil unbekanntem Gebiete von Peru und Chile, besonders in dem Kordeillerenhochgebirge und im Umalde, angeht.

Der Erfinder der Luftschiffe für Fahrräder, J. V. Dunlop, ist in Dublin plötzlich gestorben. Er hatte mit seiner Erfindung wesentlich zur Verbreitung und Förderung des Rad- und Automobilports beigetragen.

Kaiser zuwandte. Infolgedessen bedurfte es, wenn auch die Periode, in der Napoleon aufs neue die Regierungsgewalt ausübte, nur hundert Tage dauernd, des ganzen Aufgebots der alliierten Machtmittel, um ihn aufs neue und diesmal endgültig, zu stürzen.

Auch die Schritte, die Napoleon III. („der Kleine“) tat, um sich den Weg zum Kaiserthron zu bahnen, berühren sich in manchen Punkten mit den Unternehmungen Karls von Habsburg. Im Jahr 1836 unternahm es der junge Louis Napoleon, sich in Strahburg zum Kaiser ausrufen zu lassen. Er wurde verhaftet und nach Amerika verbannt. Aber schon im nächsten Jahre kehrte er nach Europa zurück, um, wie Karl in der Schweiz, dem Anst der politischen Flüchtlinge, zu leben. Der französischen Regierung erschien indes dieser Aufenthaltsort zu gefährlich, so daß sie seine Ausweisung verlangte; der Prätendent kam ihr zuvor und begab sich nach London. Er glaubte, sich auf die Unterstützung einer Anzahl von Generalen verlassen zu können und landete am 6. Oktober 1840 plötzlich bei Boulogne. Auch dies war ein Mißerfolg; er mußte fliehen und wurde auf der Flucht verhaftet. Zu lebenslänglicher Gefangenschaft auf der Festung Ham verurteilt, entkam er nach fünf Jahren und suchte aufs neue Zuflucht in England. Aber diese Fehlschläge hatten ihn gewiegt; nachdem die Revolution von 1848 ihm den Weg gebahnt hatte, wußte er Schritt für Schritt das zu erreichen, was ihm beim Versuch plötzlicher Ueberumpfung mißlungen war. Er wurde schon im Dezember des Revolutionsjahres zum Präsidenten der französischen Republik gewählt, der Staatsstreik von 1851 machte ihn der Verfassung zufolge zum Staatsoberhaupt auf zehn Jahre, und ein Jahr später war er mit Zustimmung der großen Mehrheit des Volkes Kaiser der Franzosen.

Der Knabe Karl hat offenbar Napoleons Vorbild nachahmen wollen, aber sein zweiter Mißerfolg wird wohl seiner Prätendentenkarriere ein Ende für immer bereiten.

Entdeckung des Odeon des Perikles. Schon während des Krieges hatte der Bruder der Witwe Heinrich Schlemmings, Dr. Rastriots, zwischen dem Bezirk der Siegesdenkmäler in Athen und dem Dionysosbezirk die Ecke eines Gebäudes aufgedeckt, in dem er das berühmte, von Perikles im 5. Jahrhundert v. Chr. erbaute Odeon vermutete. Neuere Grabungen haben nun, der Seemannschen „Kunstchronik“ zufolge, diese Annahme bestätigt. Danach war das Odeon ein großer vierseitiger Bau von etwa 40 Meter Breite, der sich unmittelbar an das Dionysostheater anschloß und mit einem von vielen Säulen getragenen Zeltdache überdeckt war. Aus den alten Schriftstellern wissen wir, daß es dem Königszelt des Terres nachgebildet war und ein aus starken Holzbohlen gebildetes spitzes Dach hatte. Bei der Belagerung Athens durch Sulla zerstört, wurde es bald nachher wiederhergestellt. Die vollständige Aufdeckung dieses für die Geschichte und Topographie Athens so wichtigen Baues wird gewiß bald von der griechischen Regierung in die Hand genommen und durchgeführt werden.

Karl interniert.

Budapest, 25. Oktober. (UAB.) Das Ergebnis der gestrigen Beratung der Vertreter der Großen Entente mit der ungarischen Regierung besteht in dem Beschluß, König Karl vorläufig im Kloster Tihany am Plattensee zu internieren.

London, 25. Oktober. (WZB.) „Daily News“ zufolge werden die Militärs den vormaligen Kaiser Karl vielleicht nach den Kanarischen Inseln bringen.

Wien, 25. Oktober. (WZB.) Im Nationalrat erwiderte Bundeskanzler Schober auf eine dringliche sozialdemokratische Anfrage, was die Regierung zu tun gedenke, um die Rechte und Interessen der Republik angesichts der durch den Putsch Karls herbeigeführten mitteleuropäischen Krise zu wahren, daß er sofort, nachdem er von dem Eintritten des früheren Kaisers in Oedenburg durch den englischen Gesandten Kenntnis erhalten, alle jene Vorkehrungen in umfassender Weise getroffen habe, die ihm geeignet schienen, um den Bestand der Republik vor jeder Gefahr zu bewahren, jede Störung der Ruhe und Ordnung hintanzuhalten und die Grenzen zu sichern. Er habe dann mit den Parteiführern die angeordneten Maßnahmen erörtert und er dürfe mit Genugtuung konstatieren, daß er das Empfinden hatte, die Parteiführer seien von der Ratschheit des Handelns der Regierung befriedigt.

Prag, 25. Oktober. (WZB.) Im Senat erklärte Ministerpräsident Dr. Benesch u. a., die Regierung sehe der Zukunft mit Ruhe entgegen. Er sei überzeugt, daß die Republik und die Demokratie auch jetzt in absoluter Sicherheit seien. Mit Rücksicht auf die Ereignisse, die sich von Tag zu Tag änderten, ja sozusagen mit der Minute wechselten, sei es nicht möglich, in der heutigen Sitzung eine politische Erklärung über die einzelnen Phasen aller dieser Ereignisse zu geben. Er bitte, für morgen eine Sitzung einzuberufen, in welcher er eine Erklärung über die Ereignisse und den Standpunkt der Regierung abgeben werde.

Budapest, 25. Oktober. (UAB.) Karl und Zita wollten Montag nachmittag in Bicske. Die karlistischen Truppen waren, zusammen mit dem Detachement Ogytenburg, etwa 10 000 Mann stark und standen bei Gopattal mit den Regierungstruppen im Kampf. Die Horthy-Truppen wurden von General Baron von Nagy geführt. Gestern morgen wollte König Karl an die „Front“ kommen. In den ersten Morgenstunden entwickelte sich ein Geschützgefecht. Der erste Schuß aus Horthys Kanonen war gleich ein Volltreffer und erreichte in Bicske das Standortquartier des Generals Hegedüs. Graf Appony wollte mit den Führern der Regierungstruppen unterhandeln, wurde aber zurückgewiesen. Darauf wurde von Karl eine „neue Regierung“ unter dem Vorsitz Katozky gebildet, dem wieder die Grafen Andrássy und Appony sowie Dr. Crag und Dr. Bazony angehörten. Katozky gab — eine neue Proklamation heraus. Am Nachmittag erfolgte ein neues Gefecht. Die karlistischen Truppen wurden zurückgeschlagen. Beide Parteien ziehen Verstärkungen heran. König Karl zieht sich nach Herceghalom zurück. Der Kampf endete mit der Flucht der karlistischen Truppen, die Karl und Zita einfach ihrem Schicksal überließen.

Raus aus der Schweiz!

Genf, 25. Oktober. (WZB.) Der Bundesrat hat heute beschlossen, die ganze Familie Habsburg und ihre Gefolge auszuweisen, mit Ausnahme der Personen, die zur Pflege der Kinder, die in der Schweiz zurückbleiben, durchaus notwendig sind. Voraussetzungsweise wird auch eine Dame der Familie in der Schweiz bleiben können. Die Liste der ausgewiesenen Personen wird morgen bekanntgegeben. In Betracht kommen u. a.: Karls Bruder Max, Bischof Dr. Seidl, Kammerherr Ledochowitsch, Flügeladjutant v. Sonntag, Hauptmann v. Bergmann und Frau und Generaldirektor v. Steiner.

Wien, 25. Oktober. (UAB.) Es wird erst jetzt bekannt, daß Karl vor seiner Abreise aus der Schweiz ein Schreiben an den Bundesrat gerichtet hat, in dem er diesen bittet, sich seiner Kinder anzunehmen. Er glaube nicht, daß er im Falle seiner Niederlage am Leben bleiben werde.

Wie sie dementieren.

Rom, 25. Oktober. (CP.) Der französische Geschäftsträger in Rom hat sich in die Consulta begeben, um entschieden das Gerücht zu widerrufen, daß einige Kreise Frankreichs den Handreich des Exkaisers Karl begünstigen. Die französische Regierung bekundet nachdrücklich ihre Solidarität mit Italien, das sich der Wiedereinführung der Habsburger widersetzt.

Man braucht nur den „Figaro“ zu lesen, der mit Karl jubelt und trauert, um schon „einige Kreise“ zu sehen. Dementierte der Herr Geschäftsträger vielleicht auch im Namen des Herrn Franz von Esperen, der in Strassburg kommandiert, und im Namen der Uebriken, die Deutschland noch ein karlistisches Oesterreich-Ungarn in den Rücken heben wollen?

Fortsetzung der Pariser Kammerdebatte.

Paris, 25. Oktober. (WZB.) Die Kammer setzte die am Freitag abgebrochene Debatte über die allgemeine Politik der Regierung fort. Marcel Cachin (Kommunist) sagt, es gebe auf der Welt keine härteren Kämpfe zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapitalismus, als die 70 000 Textilarbeiter in Nordfrankreich seit sieben Wochen führten. Die Regierung habe nicht vermocht, den Unternehmern das Entgegenkommen zur Pflicht zu machen; das sei die Regierungspolitik der „sozialen Entspannung“. Cachin fragt, ob die von Loucheur in Wiesbaden begonnene Politik die Politik der Regierung gegenüber dem neuen Deutschland sei. Briand unterbricht: das wird von Deutschland abhängen. (Sehr richtig!) Wenn Deutschland sich von der Regierung führen läßt, die ihre Verpflichtungen erfüllt, werden wir keinen Grund haben, zu Drohungen und zur Gewalt unsere Zuflucht zu nehmen. Aber wenn Deutschland durch eine zu befürchtende Schwankung aufs neue dem Imperialismus in die Arme fällt, wenn es sich weigert, seine Verpflichtungen zu halten, und uns mit Revanche bedroht, dann ist es natürlich, daß die Haltung der französischen Regierung geändert wird. (Beifall.) Cachin fährt fort, indem er den Marasms der siegreichen Nationen der industriellen Tätigkeit Deutschlands gegenüberstellt, wo selbst in den Fabriken von Krupp landwirtschaftliche Maschinen und elektrische Apparate fabriziert würden. Die Abkommen von Wiesbaden könnten, wenn sie die deutsche und französische Industrie zusammenbrächten, die wirtschaftliche Lage Frankreichs wieder hochbringen. Aber schon hätten die Unternehmer begonnen, eine scharfe Campaigne gegen diese Politik Loucheurs zu führen. Cachin lenkt die Aufmerksamkeit der Kammer auf die gefährliche finanzielle Lage in dem

vom Bankrott bedrohten Deutschland.

Die Inflation werde weitere Verteuerungen der Lebenshaltung sowohl in Frankreich als auch in Deutschland herbeiführen. Der Redner erklärt, daß er nicht den Optimismus Briands über die Herabsetzung der Rüstungen durch die Washingtoner Konferenz teile. Der Zar habe das versucht und auch Wilson; alle Versuche seien gescheitert. Was aus der Konferenz von Washington hervorgehen

werde, sei wahrscheinlich ein neuer Krieg. Dann spricht Lafont (Kommunist) von der Hilfe für das verhungerte Rußland und greift die Regierung an, weil sie Koulens zum Präsidenten der internationalen Kommission gemacht habe. Briand erklärt, Koulens habe Frankreich in Rußland große Dienste erwiesen. Als Lafont die Politik Briands scharf angreift, antwortet dieser, Lafont scheine etwas anderes im Sinne zu haben, als darüber zu sprechen, wie den Rußen Hilfe zu bringen sei.

Nach Lafonts Rede wurde die Debatte über die Interpellation eröffnet. Erster Redner ist Abg. Soulier, der erklärt, er teile nicht die Ansicht des Ministerpräsidenten über die innere Politik und verleihe verschiedenes von seiner Außenpolitik nicht. Seiner Ansicht nach haben die Begriffe rechts und links, wenn man von Republikanern spricht, nicht mehr den Wert von ehemals. Seien Degues, Jonnaert, Deschanel, Volnearé keine Republikaner? Er nehme die Verurteilung der republikanischen Entente nicht an.

Für Protestler!

Paris, 25. Oktober. (WZB.) Der „Temps“ schreibt in seinem heutigen Leitartikel: Einzelne Demokraten und Volksparteiler schreien Deutschland in Oberschlesien die Vorteile des wirtschaftlichen Abkommens zu, aber nicht die von den Militärs in Oberschlesien gezogene Grenzlinie anerkennen zu wollen. Diese Kombination sei unannehmbar. Die Teilung Oberschlesiens sei von den Militärs auf Grund des Vertrages von Versailles vorgenommen worden. Sie hätten souverän gehandelt und die deutschen Proteste könnten ihrer Entscheidung nicht den deflationären Charakter nehmen. Diese Proteste würden nur Deutschland selbst schaden, weil sie bewiesen, daß es unaufrichtig die Regelung des Friedens in Frage zu stellen suche, selbst dann, wenn der Völkerverbund interveniert habe. Was die deutsche Regierung erzielen könne, wenn sie der Entscheidung der Regierungen ein Hindernis bereite, sei, daß die wirtschaftlichen Abmachungen nicht getroffen würden und daß der deutsche Teil Oberschlesiens unter alliierter Besetzung bleibe, während der polnische Teil an Polen überwiesen werde. Das erste dieser beiden Ergebnisse würde für die deutschen Bewohner Oberschlesiens wenig vorteilhaft, das zweite für das Deutsche Reich verhängnisvoll sein.

Nitti gegen die Genfer Entscheidung.

Rom, 25. Oktober. (UAB.) Die römische Presse veröffentlicht einen aufsehenerregenden Artikel des ehemaligen Ministerpräsidenten Nitti, in dem er sich in heftiger Weise gegen den Beschluß des Völkerverbundes in der oberschlesischen Frage wendet und behauptet, daß die Zuerkennung auch nur eines geringen Teiles von Oberschlesien an Polen ein schreiendes Unrecht an Deutschland und eine Vergewaltigung des Versailles Friedens wäre.

Das Optionsrecht für Oberschlesien.

Bezüglich des Optionsrechtes der Deutschen in dem an Polen fallenden Teile des Abstammungsgebietes ist nur insoweit eine Änderung eingetreten, als deutsche Reichsangehörige, die erst nach dem 1. Januar 1908 ihren Wohnsitz in Oberschlesien genommen haben, das Recht haben, noch weiter 15 Jahre im abgetretenen Gebiet zu wohnen, ohne ausgewiesen zu werden. Außerdem haben diejenigen, denen das Recht der Option nach zwei Jahren zusteht, ebenfalls das Recht, noch weitere 15 Jahre im neuen polnischen Gebiet zu wohnen, auch wenn sie innerhalb der zwei Jahre für Deutschland optiert haben; auch in diesem Falle dürfen sie nicht ausgewiesen werden. Im eigenen und im gesamtdeutschen Interesse dürfte es für die zu Polen kommenden Oberschlesier wohl besser sein, nicht für Deutschland zu optieren.

Neuwahlen in England?

London, 24. Oktober. (CP.) Die „Times“ erfahren, daß die Antwort des Voleras auf das Ultimatum Lloyd Georges dem Standpunkt des Telegammens an den Papst gleicht. Diese Unversöhnlichkeit habe selbst die irische Delegation verstimmt, der es gelungen war, die Frage der Krönung dem Könige gegenüber einstweilen aufzuschieben und den Gedanken der Gründung einer irischen Republik im Rahmen des britischen Weltreiches annehmen zu lassen. Man vermutet, Lloyd George werde die gegenwärtige Lage dazu benützen, um Neuwahlen zu verlangen. Auch Genosse Henderson hat diese Vermutung ausgesprochen.

Auflösung und Neuwahlen in Belgien.

Brüssel, 24. Oktober. (WZB.) Der königliche Erlaß betreffend Auflösung der Kammer und des Provinzialrates wird heute vom Amtsblatt veröffentlicht. Darin wird der Tag der Parlamentswahlen auf den 20. und der der Provinzialwahlen auf den 27. November festgesetzt. In einem gestrigen nachmittag abgehaltenen Ministerrat wurden die durch den Austritt der sozialistischen Minister freigewordenen Stellen vorübergehend besetzt. Van de Weyer übernimmt das Portefeuille der Justiz, Neuzan das der Kunst und Wissenschaft, Baron Ruette das der öffentlichen Arbeiten und der Professor der Universität Lüttich Rahaim das Portefeuille für Industrie, Arbeit und Lebensmittelversorgung.

Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 25. Oktober. (CP.) Heute wurde die dritte internationale Arbeitskonferenz in Anwesenheit von mehr als 400 Delegierten, die etwa 40 Staaten vertreten, eröffnet, darunter Dr. Oldenburg vom preussischen Landwirtschaftsministerium und Graf Kauffling. Frankreich ist offiziell nicht vertreten. Eröffnungssprachen hielten der Präsident des Verwaltungsrats vom Arbeitsamt, Lafontaine, und der schweizerische Bundespräsident Schultze. Der letztere wies darauf hin, daß die Aufgaben des Arbeitsamtes insoweit der wirtschaftlichen Umwälzungen sehr erschwert seien und daß es Hauptaufgabe eines jeden Staates sei, vor allem die Weltproduktion zu heben; dann erst komme die Frage des Arbeiterschutzes. Schultze besprach dann eingehend die Probleme der Arbeitslosigkeit und Verbesserung der finanziellen Verhältnisse und betonte, daß alles vermieden werden müsse, was zwischen Arbeitern und Arbeitgebern eine Spaltung herbeiführen könnte. Er gab eine ausführliche Darstellung der Maßnahmen der Schweiz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Einführung des Achtstundentages. Nach einer Ansprache des Genfer Staatspräsidenten Signour wurde der Engländer Lord Burnham, Mitglied des Unterhauses und der meisten Arbeitgeberverbände in England, zum Präsidenten des Kongresses gewählt. Er erwähnte in seiner Ansprache die schwere Lage der italienischen Arbeiter. Italien, das Mangel an Eisen und Kohle habe, begegne in wirtschaftlicher Beziehung noch größeren Schwierigkeiten als alle anderen Länder. — Es wurde u. a. eine Kommission gebildet, die aus 12 Vertretern der Regierungen, 6 Vertretern der Arbeitgeberverbände und 6 Vertretern der Arbeiter besteht.

Das Militärtuch der Schutzpolizei.

Köln, 25. Oktober.

Nach mehrtägiger Pause wurde die Verhandlung in dem großen Kölner Saal wegen Kettenhandels, Preiswucher und Kapitalverflechtung wieder aufgenommen, und es wurde zum wichtigsten Teil der Beweisaufnahme, den Gutachten der Sachverständigen, übergegangen. Vorher wurde noch erörtert, daß Trobed in London

ungeheure Schmiergelder

habe zahlen müssen, um die Schiffsloadungen Tuch aus den Londoner Docks herauszubekommen. Trobed hat u. a. in Berlin erzählt, daß er verschiedenen Vertretern von englischen Gewerkschaftsorganisationen „recht warme Händedrücke“ habe geben müssen (er möge Namen nennen! Red. d. „B.“), da die englische Arbeiterklasse damals jedem Schiffsverkehr mit Deutschland Widerstände bereite. Vertreter englischer Firmen erzählten in Berlin, Trobed stehe mit gefüllten Taschen auf den Londoner Docks und werfe Pfundnoten unter die Dockarbeiter. Trobed gibt an, daß er

100 000 Pfund „diskrete Ausgaben“

gehört habe. Staatsanwalt Hermanns läßt darauf aus den Akten einen Vermerk des Untersuchungsrichters feststellen, monach sich Trobed erboten habe, einen nachzurechnenden Uebergewinn zuzugestehen, falls die Untersuchung niedergeschlagen würde. Trobed bezeichnet das als ausgeschloffen. Im Gegenschritt hierzu hält der Staatsanwalt den Aktienvermerk aufrecht. Justizrat Klempner erwidert darauf: Es ist der absolut loyalen Versuch einer sachlichen Erledigung in den Akten so dargestellt, als ob man hinter Treppen habe gehen wollen.

An das Gutachten von Bankdirektor Bendix vom Barmer Bankverein (Köln) über die Anschaffung der Pfunde und die Frage, zu welchem Preise die Pfunde der Regierung anzuzahlen waren, knüpfen sich langwierige, sehr verwickelte banktechnische Erörterungen, an denen sich die Sachverständigen Bankdirektor Rubin (Berlin), Professor Trumpler (Frankfurt a. M.), Professor Brion und Professor Schmalenbach (Köln) sowie die Rechtsanwälte Dr. Alsbach und Dr. Peschke beteiligten. Die Verhandlungen geben morgen weiter.

Bestätigte Zeitungsverbote.

Der für die Zeitungsverbote zuständige Reichsverordnungsamt des Reichsrates hat in seiner Sitzung vom 24. Oktober über die Verbotenerklärung der „Hamburger Warte“, des „Hamburger Tageblatts“, der „Münchener Morgenpost“ und des „Deutschen Volksblattes“ in Frankfurt a. M. verhandelt. Die beiden Hamburger Blätter waren auf je 14 Tage, die beiden anderen Zeitungen auf je drei Tage verboten. Die gegen das „Hamburger Tageblatt“ ausgesprochene Verbotsfrist wurde nach Meldung der ZII. auf sieben Tage herabgesetzt, so daß sie mit dem 24. Oktober endet. Alle übrigen Verbote wurden bestätigt.

Halle, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das kommunistische Organ in Halle, der „Klassenkampf“ ist heute auf Verfügung des deutschnationalen Regierungspräsidenten v. Gersdorf für die Dauer von 14 Tagen verboten worden. Das kommunistische Organ soll die Republik durch die Bezeichnung „der freieste Staat der Welt“ und „Deutsche Republik“ verächtlich gemacht und damit gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September verstoßen haben. Es wird nicht möglich sein, dieses Verbot aufrechtzuerhalten, denn niemals ist ein rechtsparteiliches Organ verboten worden, weil es den Staat als „Schleierrepublik“ bezeichnet oder den „freiesten Staat der Welt“ ebenfalls in Anführungszeichen setzte.

Wirtschaft

Keine Ausfuhr von Kartoffeln.

WZB. meldet: In der Öffentlichkeit werden immer wieder Nachrichten verbreitet, daß Kartoffeln in das Ausland gingen, und daß sogar vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine besondere Ausfuhrerlaubnis für große Mengen erteilt worden sei. So ist in der Berliner Stadtverordnetenversammlung von einem Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratie erklärt worden, der Reichsminister Dr. Hermes habe trotz der Rot Erlaubnis zur Ausfuhr in das Ausland für 200 000 Tonnen Kartoffeln erteilt.

Diese Angabe ist unrichtig. Seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ist lediglich zur Linderung der großen Not in Deutschösterreich, Tirol und Vorarlberg eine Ausfuhrerlaubnis für 6000 Tonnen erteilt worden. In anderen Jahren wurde zur Ausfuhr nach Deutschösterreich eine erheblich größere Menge freigegeben. Weitergehende Anträge, die auch in diesem Jahre vorlagen, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Anbetracht der Schwierigkeiten, die in Deutschland selbst bestehen, ablehnen müssen.

Es müssen dann auf Grund der Bestimmungen des Vertrages von Versailles in diesem Herbst an Frankreich 2700 und an Belgien 2500 Tonnen Saatkartoffeln geliefert werden. Seitens dieser Länder wurden in Anbetracht der dortigen schlechten Ernte ursprünglich erheblich größere Lieferungen verlangt. In langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, diese Forderungen auf die eben genannte Menge zu beschränken.

In der Tat scheint die gegenwärtige Kartoffelnot und mit ihr die Preissteigerung durch die Versorgungsangst weiter Bevölkerungskreise veranlaßt zu sein, die durch die Anarchie des sich überbietenden freien Handels und den Wagnis in England noch verstärkt wird. Alles das ist bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft von den Sozialisten vorausgesetzt worden. Warum entschließt sich das Reichsernährungsministerium nicht endlich zum Erlaß von Höchstpreisen und zur rückwärtslosen Anwendung der Wucherergesetzgebung?

Starke Erhöhung der Margarinepreise. Der Margarineverband E. B., Berlin, teilt mit: Infolge der fortschreitenden starken Entwertung der Reichsmark ist die Margarineindustrie in die Zwangslage versetzt, die gegenwärtig bestehenden Preise für Margarine weiter zu erhöhen. Die Erhöhung beläuft sich auf 5,50 bis 7 M. für das Pfund je nach Qualität.

Letzte Nachrichten.

Raubmordversuch.

Gestern mittag gegen 12 1/2 Uhr versuchte der 49 Jahre alte Uhrmacher Leonhard Fabriz, Goldiner Straße 103 wohnhaft, die 22 Jahre alte Frau Marie Ritsche, geb. Bismarck, in ihrer Wohnlaube in der Kolonie Transvaal, Landsberger Allee, zu ermorden, um sich in den Besitz eines Bräutigams zu setzen. Er schlug die Frau mit einer Eisenstange nieder, stach, als sie sich zur Wehr setzte, mit einem Küchenmesser auf sie ein und versuchte, ihr die Kehle zu durchschneiden. Als es der Ueberfallenen dennoch gelang, sich aufzuraffen und laut um Hilfe rufend, aus der Laube zu flüchten, schloß sich der Täter zwei Augen in den Kopf. Beide brachen darauf bemühtlos zusammen und wurden nach dem Hubertus-Krankenhaus in Lichtenberg geschafft.

Gewerkschaftsbewegung

2. Reichskonferenz der Betriebs- und Beamtenräte des Deutschen Eisenbahnverbandes.

Am 16. und 17. Oktober tagte in Berlin eine von 177 Vertretern besuchte Reichskonferenz der im Deutschen Eisenbahnverband organisierten Betriebs- und Beamtenräte. Die auf Beschluss der letzten Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnverbandes eingesetzte Reichsräteverwaltung erstattete einen eingehenden Tätigkeitsbericht. Der Verband stellt allein

20 000 Betriebsräte für den Eisenbahnbetrieb.

Im Hauptbetriebsrat am Sitz des Reichsverkehrsministeriums hat er 19 und in den Bezirksbetriebsräten am Sitz der Eisenbahndirektionen 331 Vertreter. Den Hauptentscheidungsorganen steht er mit 12 Mitgliedern und die Bezirksentscheidungsorgane mit 235. Beamtenratemittglieder stellt der Verband 3 zum Hauptbeamtenrat, 70 zu den Bezirksbeamtenräten und 4000 als örtliche Beamtenräte. Die angeführten Zahlen legen Zeugnis ab von der Bedeutung des Deutschen Eisenbahnverbandes innerhalb der zur Mitwirkung des Personals im Reichseisenbahnbetrieb gewählten Körperschaften. Die Reichsräteverwaltung konnte aber auch über

Die Ausbildung der Betriebs- und Beamtenräte

und über ihre für das Personal ausübende Tätigkeit sehr viel Erfreuliches berichten. Außer dem Bericht wurden Referate erstattet über die nächsten Aufgaben der Betriebs- und Beamtenräte und ihre Stellung zu den Gewerkschaften, über das Schlichtungswesen, die Gostärer Richtlinien und den Reichslohntarifvertrag. Zu letzterem Punkte ist hervorzuheben, daß kürzlich in Gostar eine vom Reichsverkehrsminister einberufene Besprechung der Vertreter der Eisenbahndirektionen stattfand, die dem zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Eisenbahngewerkschaften abgeschlossenen Vertrag eine Auslegung gab, welche lebhaften Widerspruch bei den Eisenbahnern hervorgerufen hat und Anlaß zu verschiedenen Streikbewegungen in der letzten Zeit, besonders auch in Halle, gab.

Zur Annahme gelangte eine Reihe Entschlüsse. In der einen wird

Die Anwendung des Betriebsrätegesetzes

für das gesamte Personal der Reichsbahnen gefordert. Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß zurzeit die Betriebs- und Beamtenräte bei der Reichsbahn auf Grund von Verordnungen gebildet werden, die weniger Rechte einräumen als das Gesetz. — Eine weitere Entschlüsse wendet sich gegen den dem Reichstag vorgelegten Entwurf einer Schlichtungsordnung. Sie steht in den Bestimmungen des Entwurfs eine Gefährdung und Beeinträchtigung des Koalitionsrechts. — Ferner wendet sich eine Entschlüsse

gegen die Auslegung des Tarifvertrags

in Gostar und wirft dem Verkehrsminister vor, daß er, gestützt auf das Gostärer Protokoll, einseitige Entscheidungen über die aus dem Tarifvertrag entziehenden Streitigkeiten fälle. Die Bestrebungen, die Reichsbahnen in den Besitz der Privatindustrie überzuführen, veranlassen die Konferenz, die Reichsregierung zu ermahnen, mit rückhaltloser Entschlossenheit alle Bestrebungen zurückzuweisen, die die Reichsbahnen in den Besitz der Privatindustrie überführen wollen.

Der Verlauf dieser zweiten Reichskonferenz zeigte unverkennbar die Spuren einer fortschreitenden Gesundung der Eisenbahnerbewegung. Bezeichnend ist, daß wiederholt sowohl von Referenten als auch Delegierten die Worte gesprochen wurden: Die Zeit der Phrasen ist vorüber; es muß praktische positive Gewerkschaftsarbeit geleistet werden. In der Tat hat die zweitägige Konferenz, wie die erstatteten Referate und gefassten Beschlüsse beweisen, recht praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet. Die Auffassung, daß die Betriebs- und Beamtenräte nur im engsten Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften ihre Aufgabe erfüllen können, gewinnt immer mehr an Boden und fand auch in der Diskussion ungeteilte Zustimmung.

An die Bürgerschaft Berlins!

Seit Wochen wird Berlin vom

Streik der Gasthausangestellten

heimgeheftet. Trotz der Aufforderungen, die seitens der Streikenden veröffentlicht worden sind, herrschen im Publikum völlig irrige Ansichten über die Beweggründe dieses Ausstandes, bei dem es sich um eine Frage von größter Wichtigkeit für die weitesten Schichten der Bevölkerung Berlins handelt.

Als seinerzeit das alte System, welches die Kellner als Angestellte niederen Ranges auf die Almosen der Gäste verwies, nach langen Kämpfen gebrochen wurde, hat alle Welt diesen Fortschritt mit Freuden begrüßt. Wohl niemals ist es einem sozial denkenden Menschen in den Sinn gekommen, daß reaktionäre Elemente daran denken können, diesen Fortschritt wieder zu beseitigen, um den Kellner damit abermals zu einem minderwertigen Staatsbürger zu degradieren.

Im Namen vieler tausend Bürger der Stadt Berlin ergreifen wir Partei für die Angestellten des Gasthausgewerbes und richten an die Arbeitgeber den dringenden Appell: „Gebt nach und macht dem traurigen Zwist ein Ende!“

Herrn Bleier-Charlottenburg, Konsul Bothmer-Berlin, Paul Gutmann-Berlin, Schriftsteller, Dr. Arnold Kalisch-Berlin, Frl. Hystok-Berlin, Heinrich Ströbel-Steglitz, Schriftsteller, Redakteur Wetzer-Berlin, Dr. Walter Velthaber-Richterfelde, Westphal-Friedenau, Geschäftsführer, Bruno Marg-Berlin, Dr. Pfirrmann-Berlin.

Beginn der Verhandlungen.

Der Demobilmachungskommissar für Groß-Berlin hat die Parteien zu heute nachmittags 3 1/2 Uhr zu Verhandlungen nach dem Oberverwaltungsamt, Charlottenburg, Berliner Straße 11, geladen.

Die DE-Korrespondenz berichtet am Dienstag: „Erfreulicherweise ist es gestern und heute nicht mehr zu Ausschreitungen der Streikenden vor den Lokalen gekommen, so daß die Hoffnung besteht, daß noch in dieser Woche der nun seit fast vier Wochen andauernde Ausstand sein Ende finden wird.“

Wir hoffen das auch. Doch wird dies selbstverständlich von der Stellungnahme der Arbeitgeber abhängen, da die Angestellten bereits durch Annahme des Schiedspruches ihre Bereitwilligkeit zu einer annehmbaren Verständigung bekundeten.

Teuerung und Beamtenchaft.

Das Sinken der Mark in den letzten Tagen hat eine ebenso große Beeinträchtigung der Kaufkraft zur Folge. Die Preise für Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände, soweit sie überhaupt am Markt sind, haben eine schwindende Höhe erreicht, ohne daß ein Ende dieser bedrohlichen wirtschaftlichen Entwicklung abzusehen wäre. Diese Tatsachen nötigen den Deutschen Beamtenbund, unerschrocken neue Verhandlungen über die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen mit den verantwortlichen Stellen einzuleiten, nachdem die Beamtenchaft selbst sich über die unumgänglichen notwendigen Forderungen schlüssig geworden ist. In welcher Richtung sich die neuen Vorschläge bewegen werden, läßt sich noch nicht mit Sicherheit erkennen, doch besteht in Regierungskreisen anscheinend Neigung, die Befoldungsordnung in dem Sinne zu ändern, daß die Befoldungsgruppen vermindert werden. Bei Wegfall einer oder mehrerer der untersten Befoldungsgruppen würden die Beamten der übrigen Gruppen um ebenso viele Gruppen aufrücken. Andernfalls dürfte eine Erhöhung des Grundgehalts nicht länger zu umgehen sein. Da bei fortgesetzter Steigerung der Teuerungszulagen für die pensionierten Beamten ein Zustand eintritt, der diesen jede Daseinsmöglichkeit unterbindet. Das Verhältnis zwischen dem unbeweglichen Teil des Einkommens, dem Grundgehalt, und dem nicht pensionsfähigen Teuerungszuschlag ist schon von jeher ungesund gewesen, nach den letzten prozentualen Steigerung des Teuerungszuschlags aber entschieden nicht mehr zu rechtfertigen; eine weitere Verschlechterung beträgt es auf jeden Fall.

Die dauernden Verhandlungen des Deutschen Beamtenbundes mit dem 23. Ausschuss des Reichstages und dem 12. Ausschuss des Preussischen Landtages dürften in den nächsten Tagen zu einem Ergebnis führen, dem auch die Regierung sich voraussichtlich anschließen wird.

Vor einem Streik der Hochbahnangestellten?

Die Angestellten der Hochbahn (Bureaumeister und Aufsichtspersonal) forderten die Erhöhung der Gehälter um 500 M. Die Gesellschaft bot darauf 30 Proz. vom Grundgehalt als Erhöhung der Teuerungszulage, mindestens aber 165 M. für männliche und 130 M. für weibliche Angestellte. Die Kinderzulage sollte um 15 M. pro Monat erhöht werden. Die Angestellten lehnten dies Anerbieten einmütig ab und beschloßen, den Schlichtungsausschuss anzurufen. Die Direktion veranlaßte das Reichsarbeitsministerium, einen Spruch zu fällen. Dieser Schiedspruch sieht eine Erhöhung der Teuerungszulagen für September um 33 1/2 Proz., für Oktober um 35 Proz., für November und Dezember um 37 1/2 Proz. des Grundgehalts und die Erhöhung der Kinderzulagen um 15 M. pro Monat vor. Die Erhöhungen betragen demnach 213, 224 und 240 M. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß eine große Zahl von Angestellten noch ein niedrigeres Grundgehalt als 640 M. bekommt, so daß die Erhöhung für diese noch geringer ist. Sollte die Angestelltenchaft der Hochbahn auf Grund einer Urabstimmung über den Schiedspruch das letzte gewerkschaftliche Mittel, den Streik, anwenden, dann erwartet sie von den Hochbahnfahrern und der gesamten Arbeitnehmerchaft Verständnis für diesen Schritt.

Textilindustrie, Färberei und chemische Waschanstalten.

Am Montag fand eine Afa-Funktionär-Versammlung der Textilindustrie, Färbereien und chemischen Waschanstalten statt, welche zu dem Ergebnis der Betriebsabstimmungen über den am 17. d. M. gefassten Schiedspruch Stellung nehmen sollte. Die bisher nur teilweise aus den wesentlichen Betrieben vorliegenden Abstimmungen lassen erkennen, daß die Stimmung in den Betrieben eine äußerst gereizte ist, so daß es zu einem Kampfe kommen muß, wenn die Arbeitgeber sich zu weiteren Zugeständnissen nicht bereit erklären. Es wird den Funktionären zur Pflicht gemacht, die noch ausstehenden Abstimmungsergebnisse unverzüglich an das Afa-Ordnungsbüro, Bellealliancestr. 7-10, einzuliefern. Eine endgültige Entscheidung über die Aufnahme des Lohnkampfes fällt noch in dieser Woche.

Lämmert es in Amerika?

Der Vorstand des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat entsprechend den Beschlüssen der letzten Tagung des Bundes (Juni 1921) unter dem 6. Juli 1921 an den Internationalen Gewerkschaftsbund ein Schreiben gerichtet, das sich mit dem Wiederanschluss der amerikanischen Gewerkschaften an die Internationale beschäftigt. In diesem Schreiben wird in der entgegenkommendsten Weise eine Verständigung vorgeschlagen, damit die gegenseitige Kritik aufhöre und der gemeinsame Zweck erreicht werden kann, nämlich die Schaffung eines wirklichen Internationalen Gewerkschaftsbundes, durch den die Interessen der Arbeitervölker der ganzen Welt wirksam geschützt werden können.

Vergleich im Schuhmachergewerbe.

Eine Versammlung der Schuhmacher nahm am Montag das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Demobilmachungsausschuss entgegen. Zwischen den Parteien kam es zu einem Vergleich. Während in der Ferienfrage eine Verbesserung erzielt wurde, bleibt die Lohnaufbesserung beim Zeilohn um 25 Proz. pro Stunde und der Akkordlohn um 5 Proz. hinter dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses zurück. Erst vom 1. November ab werden die neuen Lohnsätze bezahlt. Das Lohnabkommen gilt bis 31. Dezember 1921, die übrigen Vertragsbestimmungen sind bis 30. März 1922 rechtskräftig, falls sie nicht vier Wochen vorher gekündigt werden.

Der Vergleich wurde mit großer Mehrheit angenommen. Daß die Forderungen nicht vollumfänglich erfüllt wurden, liegt an der Gleichgültigkeit vieler Kollegen, die trotz der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise es immer noch nicht für nötig gehalten haben, sich zu organisieren.

In der Berliner Blindenwerkstätte, Neue Grünstr. 27, befinden sich die Arbeiter im Streik, da der Arbeitgeber den vorgelegten Tarif den blinden Arbeitern nicht zahlen will. Den Generalstreik der von den 16 blinden Männern und 7 blinden Frauen angeführten Bürstenwaren hat die Firma J. A. N. d. e. r., Berlin, Potsdamer Str. 99. In Flugblättern wird das Publikum aufgefordert, durch Kauf der von den blinden Arbeitern angefertigten Waren den angeblich humanen Betrieb zu unterstützen.

Achtung, Klempner! Heute abend 6 Uhr Branchenversammlung im Schultheiß, Neue Jakobstr. 25. Die Neuwahl der Kommission macht es jedem Parteigenossen zur Pflicht, sich zu beteiligen und seine Stimme für den Boden der Anstrebenden Internationalen stehenden Kollegen zu geben. Der Fraktionsvorsitzende.

Die Verbindlichkeitserklärung des Reichstages für das Bankgewerbe vom 29. Juli 1921, die unter dem 15. Oktober ausgesprochen wurde, erstreckt sich auf alle Angestellten in Aktienbanken, privaten Bankgeschäften und Hypothekenbanken. Außer den Beamten der Reichsbank und der Bayerischen Notenbank sind auch diejenigen oberen Angestellten von der Verbindlichkeitserklärung ausgenommen, für welche ein besonderer Nachtarifvertrag besteht. Die Ausdehnung der Verbindlichkeit auf gewerbliche Kreditgenossenschaften hat sich der Reichsarbeitsminister vorbehalten.

Einigung in der Bühnengenossenschaft. In einer Nachtigung am Montag in den Räumen der Deutschen Bühnengenossenschaft ist es gestern früh zu einer Einigung mit dem Vorstand des Verbandes der Bühnenkünstler gekommen. Die kritischen Punkte sind im wesentlichen beseitigt, so daß einer gemeinsamen Arbeit innerhalb der Genossenschaft in allen künstlerischen und wirtschaftlichen Fragen nichts mehr im Wege steht.

Steinsetzer und Berufsgehilfen. Zu § 5 des Tarifvertrages für das Steinsetzergewerbe von Berlin und der Provinz Brandenburg wird in Abänderung der Vereinbarung vom 22. September 1921 folgendes festgesetzt: Zu Nummer 1a. Der Stundenlohn beträgt vom 1. Oktober 1921 bis 28. Oktober 1921 für Steinsetzer 8,25 M., Steinhauer 8,15 M., Kammer 7,95 M., Hilfsarbeiter 7,00 M., bei noch nicht dreimonatiger Beschäftigung im Steinsetz- oder Tiefbaugewerbe 6,70 M. Vom 29. Oktober bis 2. Dezember werden für dieselben Gruppen gezahlt: 9,00 M., 8,90 M., 8,70 M., 8,10 M., 7,60 M. Am 3. Dezember erhöhen sich die Sätze auf 9,30 M., 9,20 M., 9,00 M., 8,10 M., 7,80 M. Die Akkordlöhne für Steinhauer erhöhen eine Erhöhung von 17,2 Proz. gegenüber den im Tarifvertrage stehenden Sätzen für die Zeit vom 1. Oktober 1921. Eine weitere Erhöhung tritt zunächst für die Zeit nach dem 21. Oktober d. J. nicht ein.

Rußland- und Georgienhilfe!

Bei der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung gingen ferner folgende Beiträge ein: Verband der Brauereiarbeiter, auf Hohen, 6700 M., Verband der Arbeiter 1000 M., Gewerkschaftsverband Bernau, 419,50 M., Verband der Steinsetzer, Groß-Berlin, 500 M., Deutscher Arbeiter-Samaritander, Groß-Berlin, 200 M., Verband der Klempner, auf Hohen, 667,50 M., Deutscher Metallarbeiterverband, auf Hohen, 100 000 M., Ortsrat der Afa, auf Hohen, 85 000 M., Betriebsrat des Deutschen Überlaufes 670 M., Deutscher Tabakarbeiterverband 2500 M., Verband der Gemeindevorstände und Staatsarbeiter, auf Hohen, 3. Rate, 219,55 M., Verband der Lederarbeiter 35 M., „Gewerkschafts-Redaktion“, 23 M., Verband der Metzger und Kocher, auf Hohen, 245,50 M., Arbeiter 11, auf Hohen, 141,50 M., Deutscher Schuhmacherverband, Zohlfeld Berlin, 13 000 M., Verband der Arbeiter vom Kolonnenamt 15 000 M., Verband der Arbeiter, auf Hohen, 1431 M., Deutscher Bauarbeiterverband, auf Hohen, 3000 M., Verband der Arbeiter, auf Hohen, 27 M., Beilichmidt 10 M., Betriebsrat des Reichsbüro 450 M., Afa 11 500 M., vom Hauptverband des Deutschen Transporthilfsverbandes 1400 M., Verband der Kupferarbeiter 2500 M., Verband der Schuhmacher 5000 M., Heinrich Rahlke 100 M., Verein der Buchbinder 10 000 M., Verband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, auf Hohen, 1907 M., Kollegen der „Adrema“-Maschinenfabrik in Moskau 1819,50 M., A. C. 11 500 M., Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, auf Hohen, 1. Rate, 13 077,90 M., Verband der Porzellanarbeiter, auf Hohen, 1678 M., Verband der Lithographen und Steinbräuer, auf Hohen, 8284,65 M., Verband der Sattler- und Tapezierer, auf Hohen, 12 267,90 M., Deutscher Transportarbeiterverband 21 000 M., Verband der Zimmerer 1900 M., Deutscher Betriebsrat der Arbeiter 3000 M., In Summa 412 902,60 M. Bereits quittiert 1 001 925,65 M., Gesamtsumme 1 264 728,25 M.

Die Sammelstellen sind: 1. 140, 638, 1500, 2556, 3722, 4007, 4212, 4610, 4613, 4802, 4904, 5289, 5219, 5674, 5829, 5242 bis 5247, 6128, 6191, 6555, 6918, 6994, 13 100, 14 000 und 14 500 nach weiteren Angaben; wir bitten, diese anzuhalten und im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelsstr. 24/25, 1. Stock, Zimmer 12/13, abzugeben. Gelder durch die Post sind an die Adresse Hans Diemerger, Berlin SO. 16, Engelsstr. 24/25, zu richten.

Buchbinder, Vertrauensleute, Betriebsräte der Buchdruckereien, Geschäftsbuchführer und Buchbinderinnen! Heute nachmittags 4 1/2 Uhr in den Dreiecksfeldern (Graumann), Raumstr. 7, Vertrauensmännerversammlung. Der Kampf im Buchdruckergewerbe.

Angestellte der Wasserelectricität! Mittwoch 7 Uhr in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97, öffentliche Versammlung. Ergebnis unserer Tarifverhandlungen.

Auto-Reparaturwerkstatt! Donnerstag 7 Uhr bei Fowelski, Jochstr. 7, Funktionärerversammlung aller Betriebe der Interessengemeinschaft der Auto-Reparaturbetriebe. Jeder Betrieb muß einen Vertreter entsenden.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Dr. Werner Beller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Hilde, Berlin. Verlag: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin. Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin.

DEGEA
Elektrischer Teekessel
D. R. P.



Eleganter Geschenkartikel
Teesieb leicht entfernbar - Praktisch
Saubere, künstlerische Ausführung
Hodiglanz vernickelt. Überall erhältlich

Erzeugnis
der Auerlicht Gesellschaft
Berlin D 17

Kaufe Gebisse
auch Acrylgebisse, zahle pro
Zahn Mk. 13.50
Platin-, Gold- u Silber-
gebisse Tagesspreise. 1920
Zanzow
Lützowstr. 192/198
Lützowstr. 192/198

Jubiläums
Winkelhausen
1846
die deutsche Weinbrandmarke
1921

Zahngebisse bis 2000.
per Zahn
16-200
Platin-, Gold-, Silberbruch
kauft wieder zu allerhöchsten Tagespreisen
Laboratorium Seidenbach, Kurlürstenstr. 97,
gegenüber Haupting Zoo, kein Laden, 8-7, Str. 9-2.

Brillanten Perlen, Gold-,
Silber-Bruch u.
Waren, Platin
kauft & Fab. str. 32.
Edel. Spittelstr. Bern. d. Hdt. Sport. Stelle 6-1 u. 2. -5-1/2

Groß-Berlin

Das weiße Mäuschen.

Ein Mann in schlichtem, aber sauberem Anzug, eine Kiste und einen zusammengeklappten Schemel unter dem Arm, kommt gemächlich Schrittes daher, stellt seinen Schemel auf und die Kiste darauf. Auf der Kiste, die als Tisch dient, stellt er einen kleinen Karton. Rummelnd werden die Postanten aufmerksam, bleiben stehen und schauen dem Mann zu, der ernsthaft an seinem Karton herumhantiert. Plötzlich ruft ein Mädel erschreckt auf, und die Umstehenden springen zurück, denn auf das Mädel läuft scheinbar ein weißes Mäuschen zu. Nun aber beginnt der Mann also:

„Hier, meine Herrschaften, sehen Sie das sonder- und wunderbare allerliebste Mäuschen, über das schon zwei Professoren verurteilt worden sind. Sie sehen heute noch ins Irrenhaus. Keine Räder, kein Mechanik. Alles geht ganz natürlich vonstatten. Aber wie? Sehen Sie nur, ich sehe das Mäuschen auf meine Hand und rufe: Mäuschen komm! und sofort wird das Mäuschen kommen.“ (Alle Menschen sehen mit fieberhafter Spannung ungläubig auf das kleine Ding, das sich wahrhaftig in Bewegung setzt und hurtig über die Hände des Herrn gleitet. Die Leute schmunzeln.)

„Für die Herren vom Militär ist dies ganz was besonderes. Sagen Sie z. B.: Links um! so wird das Mäuschen gehoramt links um machen.“ (Alles blickt voll Neugier auf das Mäuschen, das wahrhaftig gehoramt links um macht.) „Sagen Sie rechts um, so wird das kleine Mäuschen auch dieses Kommando gehoramt ausführen.“ (Die Leute erstarren, denn das Mäuschen, ohne Räder, ohne Mechanik, macht rechts um.) „Nur, meine Herrschaften, dürfen Sie das Mäuschen nicht anbrüllen wie ein Unteroffizier, denn dann weigert es sich, z. B. so: (schreit) links um.“ (Das Mäuschen sitzt mäuschenstill und rührt sich nicht. Alles lacht.)

„Aber dies, meine Herrschaften, ist noch gar nichts. Das Mäuschen spaziert Ihnen aus jedem Hut heraus, z. B. aus dem Hut dieses Herrn. Nicht wahr, Sie gestatten doch. (Der Herr ist höchstens dreizehn Jahre alt und läßt sich, sehr geehrt, seinen Hut abnehmen.) „Sehen Sie, Sie sehen das Mäuschen gar nicht, nicht wahr? Aber passen Sie nur auf, da kommt es schon. (Das Mäuschen erscheint neckisch auf der Hutmütze. Der Künstler hat gefiegt. Viele zucken schon das Bartemmonale.)

Dies, meine Herrschaften, ist der herrlichste Scherz in jeder Gesellschaft, für nur eine einzige Part. Für die Herren ein Weibchen, für die Damen ein Männchen. In drei Wochen haben Sie die ganze Stube voll weiße Wundermäuse und können mir Konkurrenz machen. (Die Zuschauer schütteln sich vor Lachen und laufen das Mäuschen nebst der Erklärung.)

Und die Erklärung des Wunders? Ja, das wird nicht verraten. Es soll aber Leute geben, die in der Geschichte ein Frauenhaar gefunden haben.

Arbeitslosenzählung.

Die Deputation für Arbeit und Gewerbe und das Bundesarbeitsamt Groß-Berlin haben beschlossen, am 31. Oktober und 1. November eine allgemeine Arbeitslosenzählung stattfinden zu lassen. Die Zählung soll in allen Arbeitsnachweisen und Stempelstellen vorgenommen werden. Man entschloß sich dazu, weil die bisherigen Zählungen durch die Erwerbslosenfürsorge nur die Erwerbslosenunterstützungsempfänger erfasste, also ein falsches Bild der wirklichen Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin ergab. Obwohl ein dauernder Rückgang der Erwerbslosenziffer zu verzeichnen ist, darf nicht angenommen werden, daß mit dem Aufhören der Unterstützungszählung auch immer die Arbeitslosigkeit des Betroffenen aufgehört hat. Das trifft nur zum Teil zu. Behörden wie Arbeiterkassen haben ein großes Interesse daran, die tatsächlichen Zahlen zu erfahren. Die Arbeitslosen werden deshalb gebeten, an einem der genannten Tage im Arbeitsnachweis oder einer Stempelstelle die dort ausliegenden Fragebogen auszufüllen.

Ein Postflugzeug abgestürzt. Das Postflugzeug I 78 D, das auf der Linie Staaten-Dresden verkehrt, stürzte gestern nachmittags gegen 3 Uhr infolge Motordefekts bei Neu-Madow unweit des Havelufers aus beträchtlicher Höhe ab und ging vollständig in Trümmer. Der Führer ist wie durch ein Wunder bis auf eine kleine Verletzung unverletzt geblieben.

Fräulein.

Von Paul Enderling.

In dem kleinen, niedrigen, überfüllten Eisenbahnwagen war es siedend heiß. Fräulein fuhr dritter Klasse. Die Passagiere hatten kleine Papierfächer, mit denen sie sich fächelten. Es war eine stundenlange Warte, diese Fahrt im ratternden, geschüttelten Wagen, der wie ein Backofen glühte.

Morgen fuhr sie über die Rhone, die grün rauschte. Auf den Bergen standen Olivenbäume.

Endlich war sie in Baduze. Ihr Schüler empfing sie. Ernst, würdig und gewichtig. Ein kleiner, geschmiegelter Herr. Fräulein sah wieder den kalten Kopf des Herrn Renier. Er war klein und reichte seiner Frau bis an die Schulter. Er war gemütlich und liebenswürdig. Herr Renier war aus einer protestantischen Familie und liebte Deutschland, das Vaterland Heines und E. T. A. Hoffmans. Im Garten wuchsen Palmen und Kakteen. Abends leuchteten Windlichter am Gartentisch. Alles war neu und herrlich.

Mitte September war Weinernte. Fräulein half mit dem runden Messer mit und schnitt die blauen Mustatellertrauben. Sie durfte soviel davon essen, wie sie mochte.

Und dann war da noch eine alte weißhaarige Köchin, ein kleines verhugeltes Wesen mit einem weißen Häubchen. Das Häubchen war wie angewachsen. Sicher schlief sie auch mit ihm. Sie hatte einmal ein großes Erlebnis gehabt: einen Stierkampf in Nimes, wo ein Mann getötet wurde. Davon konnte sie jeden Tag sprechen. Nie sprach sie von ihrem verstorbenen Mann und ihren sieben Kindern. Die Kinder kammerten sich nicht um die Mutter.

Und das alte Faktotum, der hundemagere Biala, genügend wie ein Hund in einem kleinen Gartenhäuschen zwischen Spaten und Blumentöpfen auf der Erde schlafend, ewig leichtbegegt und mit einer wachsenden Schmutzkruste bedeckt.

Fräulein machte wieder die Frühstouren um vier Uhr durch die Felsen, Brot und Schokolade in der Tasche. Dort sahen sie unter alten knorrigen Bäumen die samtgrüne Blätter trugen. Der sechzehnjährige Auguste, der das Bakkalaureat bestanden, hatte eine riesige Hakennase und war der Liebling der Mutter, vermöhnt und faul. Seine Zukunft war festgelegt: Er würde in Lyon Jurist werden und dann Politiker. Gab es noch einen anderen Beruf, der sich lohnte? Jean, ihr

Das amtliche Berliner Wahlergebnis.

110 sozialistische, 115 bürgerliche Mandate.

Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen vom 10. Oktober ist gestern vom Stadtwahlamt unter dem Vorsitz des Stadtrats Boeyssch nunmehr endgültig festgestellt und verkündet worden. In den 16 Wahlkreisen sind 103 Sitze verteilt worden, so daß nach den auf die Stablisten entfallenden Reststimmen gemäß der Verhältniswahl noch 62 Sitze zu verteilen waren. Das amtliche Ergebnis, das infolge dieser Reststimmenverteilung eine kleine Verschiebung um einen Sitz zugunsten der Deutschen Nationalen und zuungunsten der Unabhängigen bringt, ist folgendes:

Table with 13 columns: Wahlkreis, SPD, USP, RPD, Dtsch. Natl., Dtsch. Ep., Dtsch. Demokraten, Christl. Volksp., Centr., Dtsch. Sez., Freie Demokraten, Dtsch. Volksp., Dtsch. Sozialist., and Sum. It lists results for 16 districts and totals for both parties.

Die sozialistischen Parteien haben demnach 110 Mandate, während die Bürgerlichen 115 Mandate auf sich vereinigt haben. Die Wahlbeteiligung betrug bei dieser Wahl 68 Proz., während sie bei der vorjährigen Wahl 64,5 Proz. betragen hatte, so daß sie sich nur um 1/2 Proz. erhöht hat.

Falsche Checks und falsche Liebe.

Die Abenteuer eines internationalen Schwindlers.

Als eine höchst dunkle Persönlichkeit präsentierte sich gestern vor dem Landgericht III ein aus Budapest stammender Kaufmann Martin Goldschmidt, den die Polizei für einen internationalen Schwindler und Scheckfälscher hält. Er war beschuldigt, in zwei Fällen, und zwar in Charlottenburg und Hamburg, Betrug mittels gefälschter Schecks begangen zu haben. Der Angeklagte war seinerzeit in Ungarn Volksbeauftragter.

Nach polizeilicher Ansicht soll der Angeklagte zu einer Bande internationaler Betrüger gehören, die im Auslande Betrügereien in großem Umfange mit gefälschten Schecks verübten. Er wird von den Polizeidirektionen in Budapest, Wien, Zürich und Strohburg i. E. gefolgt, von der ungarischen Regierung ist auch ein Antrag auf eine Auslieferung gestellt worden. Bei der Anklage handelt es sich um folgenden Tatbestand: Der Angeklagte hatte eine Schauspielerin H. auf einer Reise von Hannover kennengelernt, sich ihr als Baron Edötsch vorgestellt und ihr einen Scheck auf die National Bank of Boston über 1000 Dollar überreicht. Die Schauspielerin blieb dann mit Goldschmidt im Verkehr, da aber ihre Freundin sie mit Mißtrauen gegen den Herrn „Baron“ erfüllte und den Verdacht aussprach, daß sie wohl einem Hochstapler in die Hände gefallen sei, löste sie das Verhältnis und gab ihm den Scheck zurück. Bei seiner Verhaftung wurden in seinem Besitze noch fünf ausgefüllte Scheckformulare der Bank of Boston vorgefunden. Eine solche Bank existiert überhaupt nicht; er will die Schecks von einem früheren Anker von Tigar erhalten haben. In dem zweiten, zeitlich späteren Falle, der in Hamburg spielte, handelt es sich gleichfalls um einen ähnlichen Trick, den der Angeklagte gegen ein Mädchen mit einem gefälschten Scheck ausgeführt haben soll. Nach den Akten ist er schon wegen schwerer Urkundenfälschung, Betruges, Unterschlagung und Diebstahls verurteilt. Er ist ein sehr weit gereister Mann, bald wirkte er in Amerika, dann reiste er wieder nach der Schweiz, nach Italien, Spanien, Frankreich usw., kurz er war eigentlich immer unterwegs und lebte auf ziemlich großem Fuß in den ersten Hotels. — Das Gericht hielt es nach sehr langer Beratung doch für erforderlich, weiter in das Treiben des Scheckfälschers hineinzusehen. Es sollen deshalb zu einem anderen

Termin weitere Zeugen, vor allen Dingen die ins Ausland gegangene Schauspielerin, ein verheirateter „Privatsekretär“ des Angeklagten, Postbeamte usw. geladen werden.

Treptow und sein Laubenland.

In der Sitzung der Bezirksversammlung Treptow, die in Behinderung des Vorsitzers durch den Stellv. Fischer (SPD.) geleitet wurde, stellte Stadtrat Dr. Sportleder (fraktionslos) einen im „Vorwärts“ erschienenen Bericht über die letzte Sitzung dahin richtig, daß er mit Bezug auf die Angriffe des Herrn Schneider (USP.) gegen die Beamtenschaft nicht erklärt habe, „er habe keine Veranlassung, die Beamten gegen die Angriffe des Herrn Schneider zu verteidigen“, daß er vielmehr erklärt habe, „er vermöge Herrn Schneider nicht auf das von ihm berührte Gebiet zu folgen. Er könne dessen Vorwürfe gegen die Beamten in breiter Öffentlichkeit nicht verstehen, wenn er nicht annähme, daß Herr Schneider, der ja bekanntlich selbst Angestellter des Bezirks sei, durch irgend etwas gegen die Beamten aufgebracht gewesen sei.“ — Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, beschloß die Versammlung die Bereitstellung von Vorbehaltsmitteln für die bauliche Wiederinstandsetzung des Schulhauses Fischenstraße in Oberschöneweide. Der Schulgebäude war bisher von der Gemeinde zu Amtszwecken benutzt worden und soll jetzt wieder der Schule übergeben werden. — Eine längere Debatte entzündete sich über die Vorlage des Bezirksamts bei den Vertretern einer Baustelle in Treptow an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Der ADGB hat den Verband sozialer Baubetriebe in Berlin beauftragt, das neben der Maternastiftung belegene städtische Grundstück an der Ecke der Hoffmannstraße und Straße 11 (Schlesischer Busch) in Treptow zur Errichtung eines Bureauhauses anzukaufen. Seitens des Gartenbauvereins „Naturfreunde“ war eine Eingabe eingegangen, die beantragte, von dem Verkauf abzusehen. Stadtr. Hoff (SPD.) erklärte dazu etwa Folgendes: Seit 2 Jahren suche der ADGB geeignete Gelände, um ein dringend notwendiges Bureauhaus zu bauen, endlich hätte er jetzt ein günstiges Gelände in Aussicht. Man stehe auf dem Standpunkt, Gemeindegut nicht zu veräußern. Hier handelt es sich aber nicht um einen Verkauf in privatrechtlicher Hände. Bei der Bedeutung des ADGB als Arbeiterorganisation und darüber hinaus als ein sehr wichtiger Faktor in unserem

Eine Stunde am Tage fuhr Fräulein mit dem Kind spazieren. Weit kam sie nicht. Eigentlich kam sie nie aus diesem modernen Viertel voll lächerlich feierlicher Prachtmietskasernen heraus. Labrouffes besaßen außer medizinischen Büchern nur Victor Hugo. Aber in achtzig Bänden. Sie lasen überhaupt nichts anderes von Literatur. Gab es wohl noch anderes? Gab es eigentlich eine deutsche Literatur?

Frau Labrouffe schwärmte für ihren Mann. Er war der schönste Mann, den es irgendwo gab. Sie sagte es jedem, der ihr in den Weg kam. Er lief ewig in abgetretenen Lederschuh und schmutzigem Kragen umher. Vor allen Leuten gaben sie sich laute Küsse und sprachen sehr ungeniert von Dingen, die Fräulein die Röte ins Gesicht jagten.

„Eine Stellung? O, die können wir Ihnen jeden Tag besorgen. Glänzend, ihrer Begabung und Schönheit würdig. Ich bitte Sie, bei unseren Verbindungen mit den allerersten Gesellschaftskreisen!“ Das alles wurde mit großer Beiste gesagt; wenn Fräulein aber Näheres erfragte, zogen sie sich zurück, etwas hohliert über diese deutsche Harinädigkeit und Pedanterie.

Und endlich kamen sie auf den gefeierten Gedanken: „Bleiben Sie doch bei uns, Mademoiselle!“

So war aus Fräulein „Mademoiselle“ geworden. Sie fand nichts anderes und blieb einweilen. Aus dem „Einsweilen“ wurden Monate. Sie bekam zwanzig Franken halb im Haushalt, öffnete die Türen Leuten, die sie als Besuch kennen gelernt hatte, und überarbeitete sich gründlich. Sie nutzte die junge Deutsche schamlos aus und waren überzeugt, daß sie zu ewiger Dankbarkeit verpflichtet: „Wo können Sie doch so gut Französisch lernen wie bei uns, Mademoiselle?“

Fräulein vergaß nie den Kamin mit der Standuhr vor dem Kofkopiwegel, der voller Fliegenmohr war. Manchmal kamen Sänger in die stille Straße und sangen mit tiefem Bass schmalzige, sentimentale Lieder. Frau Labrouffe ließen dann die Tränen über die geschminkten Wangen. An den Abenden sah Mademoiselle an der Wiege des Kindes auf einem kleinen Schemel und schaukelte das kleine Schenkel. Es schlief nicht, ehe es stundenlang geschaukelt war. Allmählich schlief sie selber ein, während ihre Hand mechanisch weiterkutschelte. Das Kind quakte und lachte wie am Spieß, wenn sie einen Augenblick aufhörte. „Ist er nicht scharmant, unser süßer Gogo?“

(Fortf. folgt.)

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
Josephs-Legende
Bajazzi
6 Uhr

Schauspielhaus
Die geesselte Phantasie
7 1/2 Uhr

Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr: Louis Ferdinand, Prinz v. Preußen
Donnerst. 7 1/2 Uhr: Kean

Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof
Do. 8: Der Hühnerhof

Gr. Schauspielh.
(Karlstraße)
7 1/2 Uhr: Die Räuber
Do. 7 1/2 Uhr: Die Räuber

Theater l. d. Königgrätzer Str.
Allabendlich 7.30 Uhr:
Manon Lescaut
(Orska, Janssen, Ricmann, Bildt, Brandt, Picha, Rehkopf, Appelt, Klupp, May)

Komödienhaus
7.30 Uhr:
Die Fahrt ins Blaue
Göhner, Richard, Ergl, Pröckl, Sieda, Deraburg

Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala
Fritzi Massary u. G. Ralph Art. Robert
Pepi Zampa, Kipcr

Central-Theater
Heute geschl. we. Vorber. Das Detectivmädcl
Deutsches Opernhaus
6 Uhr: Die Walküre
Friedr. Wilhelmstädt. Th.
8 Uhr: American Girl
Intimes Theater
8 1/2 Uhr: Die Spielunke / Lauf doch nicht immer nackt herum
Kleines Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Kiki (Lustsp.)
Lustspielhaus
8 Uhr: Die Schauspieler
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Stradensängerin
Neues Operntheater
8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Theater am Zoo
8 Uhr: Das Ewig-Männliche
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die Wildente
Schiller-Th. Charlottenb.
3 1/2 Uhr: Stützend. Gesellschaft
8 Uhr: Rauh d. Sahnnerinnen
Schloßpark-Th. Stieglitz
7 1/2 Uhr: Ehe
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Schäm' Dich, Lotte
Theat. a. Nollendorplatz
3 1/2 Uhr: Das Extraporat
8 Uhr: Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Braut d. Lucullus
Th. d. Kommandantenstr.
(Jüd. Künstler-Theater)
7 Uhr: Dybuk
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Nixchen
Volksoper. Walthalla Th.
8 Uhr: Glocken v. Corneville
Residenz Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der König in Paris
Olgalmburg, Kaiser-Titz, Else Wassa, Eugen Rex
Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Fri. Josette - meine Frau
Eugen Burg, Carola Toelle
Falkenstein, Hans Albers
Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mein Freund Teddy
Arnois Korff, Lotte-Finder
W. Bendow, Gisela Schneider-Nissen, Fr. Schönemann
Theater des Ostens
(Rose-Theater)
7 1/2 Uhr:
Das Glück der kleinen Leute
METROPOL
Behrenstr. 54 8 U.
Der unübertreffliche
Oktober - Spielplan
Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Die roten Schuhe

Volksbühne
Theater am Bölowplatz
7 1/2 Uhr: Das Postamt / Die Komödie der Irrungen

Lessing-Theater
Heute u. morgen 7 1/2 Uhr
Die Spielereien einer Kaiserin
Freitag 7 1/2 Uhr: Der Iasterhafte Herr Tschu

Deutsches Künstler-Th.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)

Theater am Kurfürstendamm
Allabendl. 8 Uhr
Ingeborg
Eckersberg, Sandrock, Goez, Günther, Walter

Tribüne
8 Uhr:
Wettlauf mit dem Schatten
Heima, Winterstein, Oppen

Größenwahn
Leitung: Rosa Valent
Allabendl. 8 1/2 Uhr

Casino-Theater
Lothringer Str. 37
Nur noch bis inkl. 3. Nov.
Exzellenz Maxe
Freitag, 4. Nov. z. 1. Male:
Der Weg zum Glück.
Volksstück in 4 Akten
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Pantoffelheld

Folies Caprice
Linienstr. 132,
am Oranienburger Tor
Täglich 8 Uhr:
Nanons Debut
Posse mit Gesang von
L. Leonhard
mit Ferd. Grünecker
Tel. Norden 7659

Circus Busch
Tel. 7 1/2, Str. auch 4 U.
Eisenkönig Breitbart
herausgelodert!
18esselnde 15
Sensationen
Vvkl. Werth u. Circusk

Kabarett
WINTERGARTEN
Reines
Varieté-Programm!
Sauschen gestattet

Theat. a. Kottbus. Tor
Tel. Moritzpl. 10977
Tägl. 7 1/2 Uhr und
Sonnt. nachm. 4 U.
Glitz-Sänger
- 10 Gesen!
- 10! Romif!
- 10! halbe Preie
Sof. 11-12, u. 4 U

Reichshallen-Th
Stettiner Sönger
Abds. 7 1/2 u
Sg. nachm.
Nehm. 1/2 Pr
Varieté-Dor
hoff-Brettl.

8 Uhr
SCAVIA
Internationales
Varieté

TAUENTZIANEN
VARIETE im
TAUENTZIANEN
PALAIS
Das sensationelle
Oktober-Varieté-
Programm!
Beginn 8 Uhr.

Philharmonie
Beethoven-Abend
d. Philharm. Orchest.
Dirig. Prof. Rich. Havel
unter gef. Mitwirk. von
Prof. W. Lütsch
2. Sin.; Klav.-Fonz. Es-dur
Anf. 8 Uhr. Eintritt 4 M.

Alhambra
Varieté am Moritzplatz
Gelly de Rheid
und das Mexico-Prgr.
Volkspreise

Barzellen
Gartenland
bei den Bahnhöfen
Nollendorfer, Marienside,
Giesdorf, Ratlsdorf,
Kautsboer verkaufen billig
Rieschalle & Nische
Rene Königl. 16 (Tel. 2576)

Zeib- oder Goez
Prismenfabrik
Diam. Goez 14. Stepp 966

Das Detectivmädcl

Das Detectivmädcl

Central-Theater

Alte Jakobstraße 30
Telephon: Moritzpl. 4047
Billettkasse: Moritzpl. 7809

Das Detectivmädcl

Operette von Aug. Neidhart
Musik von Leon Jessel

PREMIERE
Freitag, den 28. Okt. 1921, präzise 7 Uhr
mit
Molly Wessely
Lea Seidl * Gustav Jahrbeck
Fischer-Köppe * Karl Platen
Camille Hammes * Edgar Kanisch

Tänze:
Jan Trojanowski

Das Detectivmädcl

Ata
Henkel's
Scheuerpulver

putzt
reiniht
Alles!



**Ata eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Öfen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden.**
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf.

**KOMISCHE APOLLO
OPERA THEATER**

DIREKTION — JAMES KLEIN

Allabendlich 7 1/2 Uhr
Die große Revue:
Der Herr der Welt
75 Damen Ballet
Keine Bühne der Welt
bietet solche Pracht-
ausstattung u. Namen
berühmter Darsteller.
VORVERKAUF in beiden Theatern den ganzen Tag
ab 10 Uhr ununterbrochen

Allabendlich 8 Uhr:
Unter persönl. Leitung
von PAUL LINCKE
Frau Luna
Gr. Ausstattung. Operette
50 Damen Ballet.
Gripotitis Luft-Ballet
Plug durch den
Zuschauerraum.










Ankauf
von
Gold-, Silber-Bruch

Zur Beachtung

Barren, Uhren, Schmucksachen
aller Art, Medaillen, Bestecke

Münzen sammlungen
Platin Abfälle, Zahnstifte
Brennspitzen etc.
Zahngelisse auch zerbroch.
einzelne Zähne

Infolge der ungünstigen
Markbewertung haben
sämtliche Edelmetalle die
denkbar höchste Bewertung
erreicht. Versäumen Sie
nicht dieses günstigen
Moment und verkaufen Sie
jetzt

Ankauf zu Engros-Preisen

Gold-, Silber-, Platin-
bruch und Gegenstände.
— Meine handelsgerichtlich ein-
getragene Firma bürgt Ihnen für absolute
Reellität

Brillanten zum Auslandskurs
Edelmetallgroßhandlung
Heinrich Trapp
handelsgerichtlich, eingetragene Firma
Beuthstraße 10
(Laden) am Spittelmarkt. Tel.: Zentrum 1876

**NORDEUTSCHER LLOYD
BREMEN**



Fracht- u. Passagierbeförderung nach

SUD-AMERIKA
Brasilien - Argentinien
und anderen Staaten Südamerikas

**Mexico * Cuba
Afrika * Ostasien**

Reisegepäck - Versicherung
Lloyd-Luftdienst

Nähere Ausk., Fahrkarten u. Drucksachen durch
NORDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen
in Berlin: Norddeutscher Lloyd Kabinenbureau,
Unter den Linden 1 (Hotel Adlon); F. Montanus,
Invalidenstr. 93; Weltreisebureau „Union“
G. m. b. H., Unter den Linden 22.

Erfolg
haben Inserate im
Vorwärts

Stabeisen

in verschied. Dimen-
sionen ab Lager drin-
gend verlangt. Offerten
unter M. 32 an die
Exped. des „Vorwärts“
erbeten.

**BRILLANTEN
! PLATIN !**

Gold-, Silber- auch in Barren
Quecksilber, Zahngelisse
sowie alle Edelmetalle kauft die
reellste führende Firma Berlins
ohne markt-schreiende Reklame
Adolf Friedländer
Kommandantenstr. 29, nur 1. Etage.

Ich zahle groß
insereiere klein!
**Gold-Bruch
Silber-Bruch**
Alte
Schmucksachen
Goldene Uhren
Goldwarengeschäft
Paul Schöpel
Annenstr. 23
gegenüber dem
Theater

Klavier oder Flügel
kauft beg. Brucker, Gorden-
straße 18 Kauf 9282 (quedl.)

**Ausbau der
Kinderfürsorge**

durch die Gemeinde
von
Dr. Selma Schiller-
Auwack

Eine notwendige
Schrift für Behörden
und Ausschüsse, Lehr-
rer und Erzieher, wie
überhaupt für alle, die
sich in der Wohlfahrt-
pflege betätigen.
PREIS 3,- MK.
Buchhdlg. Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 2

Eiserne &
Transport-Kachel-
ÖFEN
SEMMLER & BLEYBERG
o. o.
Dresdenerstr. 60
BERLIN S.W.

Münzen
Sammeln
kauft Hall, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Münzen
Sammeln
kauft Hall, Berlin,
Wilhelmstr. 46-47

Prismen-Feldstecher
bes. Zeiss u. Goetz wertig
ständ. angekauft
Photohaus Steckelmann
Bin. W9, Potsdamer Str. 135

Mitesser

Wid. Mitesser, Nichten
verfeinenden meist sehr
schnell, wenn man den Schaum
von Zucker's Patent-
Med'inal-Selb's abends
eintrocknen läßt. Schaum erst
morgens abwaschen und mit
Zucker-Creme nachfeilen.
Großartige Wirkung, von
Zahnen behältigt. In allen
Apotheken, Drogerien, Par-
fümerie- u. Feifeurgelächten.

Zähne von 8 M.
Teitzahlg. 3). Gar. Kronen in M.
Zahn m. Einspr. h. schmerzlos.
Umarb. schichtlos. Geb. Rep. sof.
Zahn-Arzt Dr. Wolf
Poisel-Str. 55. Hochb. - Str. Sprz. 9-7

Lesen! Ausschneiden!

Sonst Ihr Schaden!
Der Ankauf von
Gold-, Silber-, Platin-
Bruch und Gegenständen, ebenso von
Münzsammlungen und Brillanten
findet zu bekannt hohen Preisen
bei mir statt. Sendungen von außerhalb
per Wertbrief erbeten. Absendung des
Kaufpreises erfolgt am Tage des Ein-
ganges, auf Wunsch auch telegraphisch.

Kaase, Wechselstube
Berlin, Oranienburger Str. 51
Stammhaus gegründet 1878.
Telegraphadresse: Biltkurs - Berlin.
Geöffnet von 9-7 Uhr.

